



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 11.12.2024**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:46 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym
Alexander Raue
Thorben Vierkant
Christoph Bernstiel
Jan Riedel
Katja Müller
Dr. Silke Burkert

Melanie Ranft
Dr.med. Detlef Wend
Andreas Wels
Tim Kehr wieder

AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
Fraktion Die Linke im Stadtrat
SPD-Fraktion
Vertretung für Eric Eigendorf
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion FDP/ FREIE WÄHLER
Vertretung für Andreas Silbersack

Verwaltung

Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
René Rebenstorf
Oliver Paulsen
Thomas Stimpel
Marco Schreyer
Maik Stehle

Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Grundsatzreferent
Referent für Finanzen und Personal
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Eric Eigendorf
Andreas Silbersack

SPD-Fraktion
Fraktion FDP/ FREIE WÄHLER

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Dr. Marquardt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Marquardt schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

Nicht öffentlichen Teil

TOP 12.1

Einstellung einer Beratungsärztin Kinder- und Jugendgesundheit im Fachbereich Gesundheit
Vorlage: VIII/2024/00554

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen**

Sie machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen im öffentlichen Teil aufmerksam:

TOP 6.1

Satzung und Wahlordnung Jugendparlament der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VIII/2024/00087

→ **Kostenschätzung ergänzt**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Somit bat **Frau Dr. Marquardt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.11.2024
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.11.2024
Vorlage: VIII/2024/00584
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Satzung und Wahlordnung Jugendparlament der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2024/00087

- Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
6.1.1 FDP/FREIE WÄHLER und Die Linke zur Beschlussvorlage „Satzung und Wahlordnung
Jugendparlament der Stadt Halle (Saale)“ (VIII/2024/00087)
Vorlage: VIII/2024/00552
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten
Freiraumkonzept VII/2019/00017
Vorlage: VIII/2024/00159
- 7.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung finanz- und personalaufwendiger
Stadtratsbeschlüsse
Vorlage: VIII/2024/00185
- 7.3. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Sicherung der
Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf
Vorlage: VIII/2024/00388
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung der CDU-Fraktion zur Nutzung alternativer Parkflächen am
Riebeckplatz
Vorlage: VIII/2024/00514
- 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zur Radverkehrsführung in
Baustellenbereichen
Vorlage: VIII/2024/00515
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
Niederschrift vom 20.11.2024
12. Beschlussvorlagen
- Einstellung einer Beratungsärztin Kinder- und Jugendgesundheit im Fachbereich
12.1. Gesundheit
Vorlage: VIII/2024/00554
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

ABGESETZT

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Jugendparlament

Fragesteller 1 bezog sich auf Kosten für die Wahl des Jugendparlaments von 38.000 Euro. Da diese in digitaler Form durchgeführt wird, fragte er nach der Kostenzusammensetzung.

Herr Paulsen erklärte, dass sich die Kosten durch einen technischen Dienstleister ergeben, der die Software zur Verfügung stellt. Zusätzlich entstehen Druck- und Materialkosten sowie Portokosten, da die Wahlberechtigten durch ein Anschreiben per Post informiert werden müssen.

Fragesteller 1 fragte, warum der Wahlzeitraum von einer Woche festgelegt wurde.

Herr Paulsen erklärte, dass bei digitalen Onlinewahlen der Wahlzeitraum problemlos verlängert werden kann, ohne dass ein besonderer Aufwand in der Durchführung entsteht. Durch den verlängerten Wahlzeitraum sollen mehr Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit erhalten, an der Wahl teilzunehmen.

Fragesteller 1 sieht eine Gefahr der Manipulation durch den gestreckten Zeitraum. Er kritisierte die digitale Durchführung der Wahl.

Herr Paulsen wies auf die Durchführung von Onlinewahlen in anderen Kommunen hin, wo es keine Probleme gab. Nach Einschätzung der Verwaltung steigen keine Sicherheitsrisiken, da durch Eingabe eines Codes die Möglichkeit besteht, nur einmal die Stimme abzugeben. Der Zeitraum für die Stimmabgabe ist dabei nicht relevant.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.11.2024

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 20. November 2024. **Frau Dr. Marquardt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Satzung und Wahlordnung Jugendparlament der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VIII/2024/00087**

Auf Antrag der Fraktion Volt / MitBürger und der AfD-Stadtratsfraktion wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau D. Marquardt

6.1 ist die Satzung und Wahlordnung für das Jugendparlament der Stadt.

Wir haben Gäste hier; Marianne Koch, Sören Tismer und Etienne Samuel Knorre. Wir beantragen Rederecht für die Gäste. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich um Ihr Handzeichen. Das ist einstimmig. Vielen Dank.

Herr Paulsen möchten Sie einführen oder zum wiederholten Mal einführen?

Herr Paulsen

Ich kann mich tatsächlich kurzfassen. Wir hatten ja in der letzten Sitzung intensiv diskutiert über die Satzung und die Wahlordnung, aber auch darüber hinausgehend eine Diskussion aufgegriffen, die parallel zu der Beratung hier in diesem Gremium, mit mehreren Fraktionen und auch Jugendlichen aus dem Kinder- und Jugendrat geführt wurde. Und wir mussten feststellen, dass hier eine grundsätzliche Diskussion oder grundsätzliche Diskrepanz in der Einschätzung eines Kinder- und Jugendparlaments auf dem Tisch liegt. Und insbesondere von den aktiven Jugendlichen, die sich bereits jetzt im Kinder- und Jugendrat engagieren, gibt es Bedenken, ich will da gar nicht weit vorgreifen, zur Einrichtung eines Jugendparlaments. Und in der Diskussion war als Alternative auf den Tisch gelegt wurden, ein Jugendbeirat.

Und in diesem Kontext hat es Diskussionen gegeben und wir hatten hier das letzte Mal festgestellt, dass es gute Sitte ist und angebracht ist, auch die Jugendlichen als Betroffene und Fachkundige in eigene Sache zu hören. Und insofern danke ich Ihnen vielmals für das Rederecht dieser drei Vertreterinnen und Vertreter aus dem KJR.

Wenn ihr hier vorne am Redeplatz Platz nehmen wollt, dann könnt ihr gerne mit einem Statement beginnen.

Frau Dr. Marquardt

Sagen Sie bitte zuerst Ihren Namen, fürs Protokoll. Wer spricht zuerst?

Herr Knorre

Knorre ist mein Name.

Frau Marquardt, Herr Paulsen, ich weiß nicht wies Ihnen am liebsten ist? Ich könnte jetzt einen langen Monolog halten, ich könnte auch direkt auf Fragen antworten. Worauf sind Sie eingestellt?

Frau Dr. Marquardt

Gerne ein kurzes Statement und dann gerne auf Fragen.

Herr Knorre

Gut. Also ganz grundsätzlich sind wir als Kinder- und Jugendrat seit 2002 in Halle vorhanden und bisher als Gremium, als Sprachrohr der Jugend, für politische Belange eingesetzt. In unserer Satzung steht, wir sind das Beteiligungsgremium, was es in Halle gibt. Und diesen Antrag gab es 2017, dass man ein Jugendparlament einführen könnte. Und wir haben ja viel

bereits mitdiskutiert, wir waren da auch schon 2018 mit im Hauptausschuss, der auch mit Wortprotokoll auch noch einsehbar ist.

Und wir hatten seit jeher eine relativ konstante Haltung gehabt. Wir meinten, es ist insgesamt immer gut, wenn man Jugendbeteiligung stärken möchte. Das Jugendparlament generell ist ein Konzept, das gibt es in vielen Kommunen. Und es kann funktionieren. Wir hatten also die Schlagrichtung Jugend zu fördern unterstützt. Aber wir waren der Meinung, dass ein Jugendparlament in Halle nicht der richtige Weg dafür sei, aus mehreren Gründen. Und der Hauptgrund ist eigentlich der Folgende, dass Jugendbeteiligungsgremien großes Thema sind und vielerorts gibt es verschiedene Möglichkeiten, das auszugestalten. Zum Beispiel gibt es dann durch das Kinderhilfswerk diese Broschüre hier zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments. Und dort wird zum Beispiel explizit erwähnt, dass Jugendparlament, Jugendbeiräte und Jugendräte in dieser Broschüre synonym verwendet werden und als gleichwertig. Und hier steht auch drin, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, zu delegieren, zu wählen oder zu selbstmandatieren. Und in Halle haben wir einen Kinder- und Jugendrat, und dieser Kinder- und Jugendrat setzt sich zusammen durch Selbstmandatierung, ohne Wahl. Nach unserem Verständnis würde, also dieser Broschüre zufolge, dass gleichwertig sein wie ein Jugendparlament. Und der Erstantrag hat 2017 festgestellt, dass der Kinder- und Jugendrat und der Stadtschülerrat gute Arbeit leisten, aber wohl zu selten im Stadtrat dahin vortragen.

Und wir hätten uns gewünscht, dass man von Anfang an die Schiene gegangen wäre, zu sagen, es gibt offenbar Gremien und wie könnte man dafür sorgen, dass diese Gremien mehr gehört werden würden und eher die Ressourcen, die wir haben, mehr aufzustocken, die bestehenden Gremien betreffend. Stattdessen wurde der Weg von Anfang an gegangen, man möchte ein Jugendparlament einführen und hat nicht so wirklich die bisherigen Ressourcen auszuschöpfen versucht. Und dadurch gibt es bis heute so eine Überlappung, die bis heute noch nicht ganz aufgelöst ist, weil es gibt ein zusätzliches Gremium. Diese Broschüre sieht nur eins vor, Jugendparlament gewählt und Jugendrat selbstmandatiert, wären gleichwertig. Und wir hätten uns gewünscht, dass man die bisherigen Gremien aufwertet, anstatt ein neues Gremium einzuführen. Das ist unsere Grundhaltung. Und die haben wir auch, nachzulesen in dem Wortprotokoll von dem Hauptausschuss 2018. Kann man auch mal nachlesen, haben wir es schon mal gesagt.

Frau Dr. Marquardt

Vielen Dank. Ich weiß nicht, ob die anderen beiden ein kurzes Statement? Ich glaube, Herr Knorre hat für Sie beide auch gesprochen. Dann können Fragen gestellt werden. Herr Kehr wieder.

Herr Kehr wieder

Ja, vielen Dank. Ich hatte nur ein, zwei kurze Fragen. Und zwar, wie ist ungefähr Ihre Einschätzung, wie gut Kinder- und Jugendpolitik aktuell gehandhabt wird und vor allem Dingen auch in den Gremien. Ich glaube, der Jugendhilfeausschuss ist dafür verantwortlich, wie aktuell dort die Befassung mit diesen Themen ist und ist das aus Ihrer Sicht positiv aktuell? Also entsteht da ein Mehrwert für die Kinder- und Jugendpolitik der Stadt?

Frau Dr. Marquardt

Herr Knorre.

Herr Knorre

Jetzt ist die Frage, was wir gerade sagen, wie es momentan ist ...

Herr Kehr wieder

Eine allgemeine Einschätzung.

Herr Knorre

Aktuell gibt es, wie überall, den Stadtschülerrat, im Vergleich zu anderen Kommunen ist der

in Halle ziemlich aktiv. Und es gibt unseren Kinder- und Jugendrat seit 2002 und wie gesagt, ist der Kinder- und Jugendrat selbstmandatieren, dort können Menschen...

Herr Kehr wieder

Ich will die Frage präzisieren. Wie aktuell die Stadtpolitik, Kinder- und Jugendpolitik handhabt, ob das aus Ihrer Sicht vernünftig ist und ob da vielleicht Verbesserungspotenziale möglich sind?

Herr Knorre

Das Verbesserungspotenzial, was ich sehe, ist, dass man vielleicht mit den bisherigen Gremien zuerst redet, bevor man was anderes probiert neu einzuführen. Und die bisherigen Strukturen sind gut, sind aber ausbaufähig. Wie alle Strukturen gibt es Sachen, die man verbessern könnte und das fängt an mit einem Budget. Wir haben zum Beispiel 3.000 Euro für den Stadtschülerrat und Kinder- und Jugendrat, ich hatte auf dem Laptop, kann ich mal aufschlagen, gab es in Baden-Württemberg, da sind das wohl deutlich mehr Gelder durchschnittlich. Man könnte mehr Personal dazu führen und man könnte bestehende Möglichkeiten, Politiker und Jugendliche zusammenbringen, besser ausbauen. Es gab ein Projekt in der Vergangenheit, da hat der Kinder- und Jugendrat und die Streetworker haben Politiker zu den Orten der Jugendlichen gebracht, statt anders drum und die Übereinstimmung mit der aktuellen Jugendstudie, die aufsuchende Teilnehmungsformate sich wünscht. Das war ein Projekt, das hat gut funktioniert, das könnte man auch verstetigen. Die Stadt hat ja auch probiert, im Rahmen dieses Jugenddialogs, Jugend einzuladen in das Stadthaus, es gab da auch eine Beteiligung und auch dort den Wunsch, man möge das verstetigen und vielleicht auch eher auf die Lebensräume der Jugendlichen ausweiten. Und insofern kann man, glaube ich, das verbessern. Man könnte auch, wenn man gewollt wäre, Jugend zu hören, könnte man auch aktiv an Jugendliche und die Gremien herantreten und wenn man um eine Stellungnahme bittet, würde man sie vielleicht auch bekommen.

Frau Dr. Marquardt

Herr Riedel und dann Herr Heym.

Ach, Sie sind noch nicht fertig, okay. Dann Herr Kehr wieder zuerst.

Herr Kehr wieder

Ich halte mich kurz, versprochen.

Ich glaube, Sie haben auch im Jugendhilfeausschuss einen Sitz, oder?

Herr Knorre

Wir haben im Jugendhilfeausschuss einen Sitz als beratendes Mitglied.

Herr Kehr wieder

Okay. Würden Sie sagen, dass aktuell die beratende Form dort wahrgenommen wird und gibt es da aktuell... Ich sitze nicht im Jugendhilfeausschuss, ich frage das einfach nur so. Wie viele Wortbeiträge und so sind denn da ungefähr im Jahr vorhanden?

Herr Knorre

Wir haben auf jeden Fall regelmäßige Teilnahme. Wir lesen die Protokolle und wir bereiten vor und wir bereiten nach. Sie müssen sich vorstellen, Jugendhilfeausschuss steckt im Wort Jugend drin, aber da hängt noch Jugendhilfe dran. Heißt, viele Anträge beschäftigen sich mit den Stellen von Schulsozialarbeitern, beschäftigen sich mit dem Bau von Schulen. Wir haben viel geredet über die Anpassung von Schulwegen und den Zuzugsgebieten. Das sind interessante Dinge, sind aber Jugendhilfefragen. Es gab einzelne Themen, da hat sich der Kinder- und Jugendrat besonders eingesetzt. Ich erinnere mich zum Beispiel, gab es in der Vergangenheit die Diskussion, ob man an Schulen kostenlose Menstruationsartikel freistellen könnte. Da hatten wir uns zum Beispiel intensiver mit eingebracht und gesagt, man könnte ja den Stadtschülerrat mit ins Boot holen und den mit evaluieren lassen. Das heißt, themenbezogen sind wir da mit dabei. Ich glaube auch, man könnte sogar noch mehr

dort arbeiten. Man muss aber bedenken, die ganzen Anträge, die da sind, erfordern großes Vorwissen.

Die Fraktionen können das innerhalb mit erfahrenen Mitgliedern besprechen und haben ja auch noch Personen, die sich damit beschäftigen, sind aber nicht jugendfreundlich gestaltet. Heißt, ein Jugendgremium, das dort vertreten ist, ist darauf angewiesen, dass eine hauptamtliche Begleitung das moderiert und einmal auf Jugendlich übersetzt. Dafür ist es erforderlich, dass eine Person auch diese Zeit hat, und wir hätten die Vermutung, dass man, wenn wir mehr Personal hätten, um uns zu fördern, dass man sie auch aktiver einbringen könnte. Habe ich die Frage beantwortet?

Frau Dr. Marquardt

Eine weitere Frage, Herr Kehrwieder.

Herr Kehrwieder

Also, ich glaube, das habe ich ja schon einmal zu Ihnen gesagt, ich glaube, tatsächlich sind wir inhaltlich da gar nicht so weit auseinander. Sie wünschen sich also praktisch, dass nicht nur zu Themen bezogen, sondern dass Sie viel weiter und intensiver auch im Stadtgeschehen und in der Stadtpolitik eingebunden werden könnten. Und auch zum Beispiel Stellungnahmen und Anträge zu Themen, die nicht unmittelbar Jugendhilfe betreffen, aber trotzdem Jugendliche in ihrem Leben, sage ich mal, einschneidend berühren. Wozu ja auch Haushaltsgeschichten und so zum Beispiel gehören. Zum Beispiel, wie viel Geld im Haushalt für bestimmte Jugendhilfesachen abgestellt wird. Das wäre doch durchaus was positiv, oder?

Herr Knorre

So könnte man es formulieren.

Herr Kehrwieder

Na gut, dann können wir ja das Jugendparlament heute beschließen.

Frau Dr. Marquardt

So, jetzt ist Herr Riedel dran. Dann Herr Heym. Dann Herr Raue.

Herr Riedel

Ja, vielen Dank. Herr Kehrwieder sagte: Dann können wir ja heute das Jugendparlament beschließen. Und das klingt ja erstmal, wenn man das oberflächlich betrachtet, als der Weg sozusagen, um die Beteiligung zu gewährleisten und zu organisieren. Umso mehr bin ich also erstaunt, dass sozusagen der Kinder- und Jugendrat selber, also aktive Jugendliche aus Halle sich schon mehrfach, er hat es gerade angesprochen, schon mehrfach, schon seit 2018 dazu positionieren, oder 2017, und sagen, wir haben Strukturen, wir haben auch gute Strukturen. Stärkt die lieber, als dass ihr sozusagen so ein Jugendparlament einrichtet. Jetzt frage ich mich, das Jugendparlament ist ja eher so eine quasi politische Institution. Da wird man gewählt und das tagt dann und dann gibt es Beschlussvorlagen und so weiter. Sie hören mir noch zu, Herr Knorre?

Herr Knorre

Ich bereite mich auf Ihre Antwort vor.

Herr Riedel

Ja, ok. Sie wissen schon, was ich fragen will.

Also, das ist quasi ein politisches Instrument. Und für mich klingt jetzt sozusagen raus, Sie wünschen sich ja eigentlich was anderes. Ich habe schon verstanden, mehr Beteiligung. Aber was brauchen denn Jugendliche in Halle viel eher als ein Parlament oder eine quasi parlamentarische Struktur? Wo würden Sie denn sagen, wo müsste man viel eher ansetzen, außer jetzt, das habe ich verstanden, bei der Stärkung der Gremien, die man schon hat.

Aber Sie hatten ja auch die anderen Designs angesprochen, die ja auch schon gelaufen sind, hier im Stadthaus etc.

Herr Knorre

Ich glaube, das Pferd kann man auch anders aufziehen. Es geht ja darum, dass man Jugendbeteiligung stärkt. Und Jugendparlament ist ein legitimes Gremium. In anderen Städten funktioniert das sehr gut. Wir haben verschiedene Befürchtungen, warum es ein Jugendparlament in Halle vielleicht nicht sein sollte. Ein Grund wäre, es gibt bereits was anderes, das ist unser Hauptgrund.

Zweitens war das eine Thematik, die wurde erst gar nicht von Jugendlichen per se gefordert, sondern kam aus Politikkreisen selbst. Dann geht es dann noch weiter, zum Beispiel, im Vergleich mit Leipzig. Das wurde häufig in der Diskussion als positiv herangezogen und dort konnte man dann sehen, dass ein etabliertes Gremium dort, was aus der Jugend heraus entstanden ist und was dort bereits etabliert war, seit mehreren Malen, hatten im 5. Wahlgang 5,83 % Wahlbeteiligung gehabt und hat dafür aber viele Rechte. Und wir waren der Meinung, wenn ein Jugendparlament initiiert werden soll, zusätzlich zu einem Gremium, entgegen der Meinung der bisherigen Gremien, wo schon was bereits vorher gibt, und dann viel, viel Geld hineininvestiert werden soll, wissen wir nicht, ob man, wenn man auf diese Zahlen zurückgreift und die dann glaubt, dass es in Halle ähnlich sein könnte, ob das sinnvoll wäre.

Wir meinen außerdem, dass ein Jugendparlament vielleicht nicht die jugendfreundlichste Form wäre, denn sie ist zwar parlamentarisch strukturiert und durch die Wahl demokratisch auch irgendwie repräsentativ legitimiert, aber die Frage ist, erreicht man auch die Jugendlichen, die man erreichen möchte. Wir haben Gremien, da können Jugendliche bereits mitbestimmen und sich mit beteiligen, ohne dass man sie wählen muss. Wir glauben, dass das Jugendparlament eine riesengroße Hürde ist, weil man müsste sich erstmal damit beschäftigen, man müsste sich zur Wahl stellen. Man bräuchte eine Art Wahlkampf und wir glauben, dass die Personen, die dann zum Schluss aus diesem Wahlkampf rausgehen, vermutlich wer sein wird? Das werden die Gymnasiasten sein, das werden die Personen aus der Stadtmitte sein.

Wir glauben, auch wenn wir bisher Defizite haben, glauben wir, dass in so einem offenen Konstrukt, wie der KJR es wäre, die Möglichkeit besser ist, andere Jugendliche mit einzuschließen. Wir könnten Jugendliche auch aus Heide-Nord mitnehmen und aus der Südstadt. Früher gab es Sozialraumgruppen, da gab es in Heide-Nord eine eigene Gruppe von eigenen Jugendlichen, die sich mit Ortsspezifika auseinandergesetzt haben und dort Lösungen gefunden haben. Das ist viel Jugendnäher. Und wir haben auch Mitglieder gehabt, die hatten eine Leserechtschreibschwäche, das wird es nicht geben in einem Jugendparlament. Zumindest stelle ich mir das sehr schwer vor. Und das Gleiche ist dann mit allen Personen, die zwar Lust auf sowas hätten, aber einfach ganz schüchterne Persönlichkeiten sind. Wenn man sich zu so einer Wahl stellen muss, dann muss man sich in die Öffentlichkeit stellen und das werden die Personen machen, die es schon aktiv sind, vielleicht in einer Jugendorganisation oder in einer Partei oder sogar im Schülerrat. Aber die schüchternen Personen, die zwar Lust hätten, aber es sich nicht trauen, die würden wir mit dem Jugendparlament versuchen zu repräsentieren, aber nicht mit einbeziehen können, glaube ich. Daher wäre es, glaube ich, besser, so niedrigschwellige Gremien zu fördern und auszuweiten, damit man auch möglichst breit alle vertreten kann, die vertreten werden können.

Frau Dr. Marquardt

Eine Nachfrage, Herr Riedel?

Herr Riedel

Also, ganz kurz, wenn Sie jetzt sozusagen in der Lage wären darüber abzustimmen, würden Sie in der Form über dieses Jugendparlament mit Ja abstimmen oder würden Sie sagen, nein, das brauchen wir hier in Halle nicht?

Herr Knorre

Ich würde betonen, dass ich Jugendbeteiligungsförderung sinnvoll finde und dass ich sehe, dass ein Jugendparlament auch eine Möglichkeit wäre. Ich glaube aber, dass es für die halleschen Spezifika nicht geeignet wäre.

Ich würde also, wenn ich das entscheiden dürfte, das Jugendparlament nicht beschließen. Ich würde stattdessen lieber die Gremien fördern. Und da kann man sich viel intensiver austauschen. Wir haben jetzt sieben Jahre darüber diskutiert und die Diskussion ging immer darum, wie könnte ein Jugendparlament aussehen. Aber es ging leider zu selten darum, ob überhaupt ein Jugendparlament notwendig wäre. Ich glaube, das ist fehlgelaufene Diskussion gewesen.

Frau Dr. Marquardt

So, Herr Heym. Dann Herr Raue. Dann Herr Dr. Wend.

Herr Heym

Ja, erstmal danke schön, dass ihr heute hier seid. Das war beim letzten Mal mein Kritikpunkt, dass wir hier viel zu oft die Vorstellung von Politikern hören, was sie meinen, was für Jugendliche gut ist, aber zu wenig von euch selbst, was ihr meint, was für euch gut ist.

Also, ich höre es ja jetzt nicht zum ersten Mal. Ich war ja letzte Woche im Jugendhilfeausschuss mit dabei und ich reflektiere immer die Dinge, die mir vorgetragen werden, mit meiner Lebenswirklichkeit.

Ich habe zwei Kinder im entsprechenden Alter, die könnten bei euch so super mitmachen. Ob sie entsprechend diesen Aufwand betreiben würden, insbesondere in so einem Jugendparlament, wage ich zu bezweifeln. Das Interesse meiner Kinder ist erkennbar immer themenbezogen. Das heißt, Sie haben dann irgendwann eine Idee, da drückt der Schuh. Da sind Sie auch sehr engagiert, wie Jugendliche sind, auch mit sehr viel Begeisterung. Nach dem Thema ist das dann aber für Sie durch und es ist dann schwieriger, Sie an neue Themen heranzuführen. Die Feststellung werdet ihr sicher auch gemacht haben.

Ich hatte im Jugendhilfeausschuss deswegen auch die Idee so rausgehört bei euch, wir würden viel lieber in die Quartiere gehen, mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen, welche Themen sollen wir an die Politik in der Stadt herantragen, wo drückt euch der Schuh? Ich fand diese Idee nachvollziehbar und das war auch das, was ich verstanden habe. Das ist jetzt im Grunde die Frage, ob ich es richtig verstanden habe. Lasst uns lieber Formen finden, wie wir einen kommunikativen Weg finden, dass diese Dinge, die wir dort evaluieren, dass sie tatsächlich, Eingang in die Stadtpolitik finden. Das ist eigentlich mehr euer Anliegen und dass ihr in die Lage versetzt werdet, vor Ort entsprechend mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Da war die Rede von, da könnte man Laptop gebrauchen, sicherlich auch Zugang zu entsprechenden Räumlichkeiten, dass man da Veranstaltungen stattfinden lassen könnte etc. pp., also den Rahmen.

Ansonsten für mich auch nachvollziehbar wurde noch thematisiert, dass diese Satzung, die dann irgendwo dasteht, die Rechte und Pflichten ja auch formuliert, dass sie auch nicht nur Lust ist, sondern auch Last, weil sie ja auch eine Verantwortung formuliert und euch ein Korsett anlegt, wo ihr sagt, na ja, ob das immer zweckdienlich ist, wissen wir nicht.

So hatte ich euch verstanden und hatte ja auch entsprechend dann gesagt, diesen Weg halte ich für nachvollziehbar und würde den gerne mit proklamieren. Habe ich es richtig verstanden? Habe ich es heute nochmal richtig transportiert oder liege ich da falsch?

Herr Knorre

Wir würden den Weg bevorzugen, in die Quartiere zu gehen und mit Jugendlichen vor Ort zu besprechen, was die Leute vor Ort bewegt.

Und früher hat der KJR das auch bewerkstelligen können. Wir hatten Sozialraumgruppen in verschiedenen Stadtteilen und haben dort auch mit den Sekundarschülern, auch mit denen mit Leserechtschreibschwäche, nicht nur, aber auch projektbezogen gearbeitet. Wir glauben, dass das ein sinnvoller Weg sei als das recht formale Jugendparlament.

Frau Dr. Marquardt

Herr Raue. Dann Herr Dr. Wend. Dann Herr Kehrwieder.

Herr Raue

Ja, Herr Knorre auch noch mal von mir, vielen Dank.

Ich sehe es im Prinzip tatsächlich ähnlich wie Sie. Es würden sich wahrscheinlich wirklich nur ausgewählte Jugendliche beteiligen. Und ich habe das auch schon hier vorgetragen. Jugendliche haben auch andere Bedürfnisse als diesen stupiden Parlamentarismus und dieses formale Arbeiten. Die sind ja durch Schule schon beansprucht, durch Freizeit, sollen heranwachsen, sie sollen einfach erst mal ins Leben kommen. Deswegen sehen wir das tatsächlich ähnlich, dass dieses Jugendparlament an sich so verzichtbar ist, wenn es eine Organisation gibt, die im Prinzip diese Arbeiten in ähnlicher Weise, vielleicht sogar besser, dann auch übernehmen kann.

Das Zweite, was ich tatsächlich auch immer sehe, ist natürlich ein Jugendparlament, das ist natürlich professioneller, in Summe professioneller, stellt andere Ansprüche. Sie haben es auch tatsächlich schon vorgetragen, vielen Dank dafür, sehen wir genauso. Und ich habe das hier auch ein bisschen kritisiert, das führt natürlich dadurch, dass man sich ja mit Themen auseinandersetzt, auch natürlich zu einem thematischen Diskurs, zu einem gewissen Streit, der gehört ja dazu, ja, und zu einer Polarisierung, die wir eigentlich gar nicht haben wollen bei jungen Leuten, sondern die sollen sich ja vertragen und sollen Spaß und Freude haben. Und da wollen wir keine Polarisierung so zwischen Personen oder so was, Wahlkampf und dergleichen. Sie haben das schon angesprochen, das ist alles eine Sache, aus meiner Sicht ist das verzichtbar. Kommunalwahl, da können junge Leute schon mit 16 wählen. Über ihren, also über den Kinder- und Jugendrat können sich die Kinder sowieso auch erstmal an Sie wenden, dann Sie, an die Fraktionen, an die Stadtverwaltung, Sie sind ja da integriertes Mitglied auch im Jugendhilfeausschuss, wie ich das sehe.

Also auch aus meiner Sicht, mich haben Sie da auch hinter sich, ich würde die Strukturen, wie sie jetzt bestehen, eher ausbauen, aber nicht umstülpen und da irgendetwas Neues schaffen, wo der, am Ende der Erfolg nicht wirklich sicherer ist oder nicht besser ist als das, was wir jetzt haben. Vielen Dank.

Frau Dr. Marquardt

Okay, das war eher ein Statement, als eine Frage. Herr Dr. Wend. Dann Herr Kehrwieder.

Herr Dr. Wend

Wenn Herr Kehrwieder noch was fragen möchte? Wir kennen die Jugendlichen aus unseren Freitagsrunden, ich habe da nicht so viele Fragen dazu. Ich würde aber gerne natürlich nochmal etwas kommentieren. Wenn Sie noch eine Frage haben, dann bitte vornweg. Dann starte ich mal durch.

Also, als Erstes wollte ich mal sagen. Wie stupide Parlamentarismus ist, liegt immer an denen, die drinsitzen. Das ist das Erste. Das finde ich dann schon auch etwas lustig, Herr Raue. Sie wissen immer, dass ich zu denen gehöre, die sagen, ob wir es wollen oder nicht. Wir sollten mit der AfD reden. Dass gerade Sie Polarisierung kritisieren, also ausgerechnet, das ist schon der Hammer hier. Das ist total absurd. Aber vielleicht hat ja ein Lernprozess stattgefunden und es geht besser und konstruktiver vorwärts.

Ich würde gerne nochmal darauf abzielen, dass unser Anliegen es nicht ist, zu dem Kinder- und Jugendrat eine Konkurrenzveranstaltung zu schaffen, das haben wir ja auch so diskutiert. Sondern wir meinen, dass das eine Ergänzung ist. Und wir glauben, dass es unterschiedliche Formen jugendlicher Beteiligung gibt. Und wir glauben, dass das auch eine coole Sache sein könnte.

Und jetzt möchte ich doch nochmal auch was sagen, bei aller Begeisterung für junge Menschen, die hier aufschlagen. Also, ich habe 10 Jahre im Jugendhilfeausschuss gesessen und ich habe oft genug auch an eure Adresse gesagt, Leute meldet euch. Sagt, was ich weiß, dass die Formate nicht unbedingt immer perfekt sind und es auch richtig ist, es werden

Themen besprochen, wo man manchmal ein bisschen mehr Background braucht. Aber ehrlich gesagt, der Input war jetzt nicht so mega, um es mal vorsichtig zu formulieren. Und da kommt dann eben auch schon die Frage auf, wie sieht es aus? Ist so eine parlamentarische Geschichte, die stärker eingebunden ist, vielleicht eine coole Ergänzung. Das ist so ein bisschen das, was mich bewegt. Ich habe auch keine Lust hier jemanden gegen seinen Willen zu was zu überreden. Das ist nicht mein Anliegen. Aber ich möchte auch nochmal klar sagen, dass man einfach darüber nachdenken sollte, dass das ein Format ist, das zusätzliche Möglichkeiten anbietet. Das ist der Gedanke.

Und dann wollte ich noch kurz sagen, der Vorlage der Stadtverwaltung werden wir nicht zustimmen. Wir sind der Ansicht, dass die Änderungsbedürftig ist. Das ist wirklich ein zahnloser Papiertiger, den brauchen wir wirklich nicht. Da bin ich nicht dabei. Ich stehe da zu dem Änderungsantrag. Wenn wir den durchkriegen, ist es eine coole Sache. Wenn nicht, werde ich auch dagegen stimmen. Aber ich denke, was dieses ganze Thema Kinder- und Jugendbeteiligung angeht, und nochmal, auch dieses Kinder- und Jugendparlament, also ich gehöre ja nun wirklich zu denen, die seit Jahren in diesem Thema rühren und die sagen, dass wir hier zu wenig machen. Dass wir zu wenig Freiräume haben. Dass die Mobilität erhöht werden muss. Ich habe in diesen Runden gesessen, vor Ort. Und ich sage nochmal, ein Jugendparlament ist ja jetzt nicht nach dem Motto; da trifft ihr euch, da müssen wir euch nicht mehr aufsuchen. Das schließt all dies andere ja nicht aus.

Ich bitte einfach nochmal in dieser Runde offen darüber nachzudenken, dass das eine zusätzliche Möglichkeit ist, eine demokratische Mitbestimmung zu organisieren. Nicht in der zahmen Form der Stadtverwaltung, sondern in dem, wie in unserem Änderungsantrag drinsteht.

Will auch nochmal kurz sagen, nochmal was ganz Wichtiges, weil es in der letzten Runde so war. Unser Änderungsantrag hat keine Mehrkosten zu der Beschlussvorlage. Nochmal, da hat es ein Missverständnis gegeben. Es ist übrigens auch schon diese eine Stelle, die beim Team Ratsangelegenheiten angelegt ist. Wir haben ja schon Beschlüsse aus vorherigen Jahren, die ist sogar schon besetzt, die existiert. Also nochmal, es gibt diese grundsätzliche Vorlage, ja klar, da sind Kosten drin. Aber nochmal, unser Änderungsantrag erhöht keine Kosten. Das ist nochmal mir ganz wichtig, den Punkt hier zu machen.

Und in dem Sinne drücke ich uns die Daumen und hoffe, ich höre hier sehr viel Positives und Optimistisches zur Kinder- und Jugendbeteiligung. Ich kenne Diskussionsrunden, wo anders argumentiert wurde. Und ich kenne auch dann Entschlüsse, die vieles dann nicht möglich gemacht haben, was wir eigentlich gerne möglich gemacht hätten.

Also ich hoffe, dass das, was ich hier alles so an verständnisvoller Stimmung höre, um es dann als Argument gegen unseren Änderungsantrag zu verwenden., ich hoffe, wenn unser Änderungsantrag nicht durchkommt, zumindest in weiteren Diskussionen was Kinder und Jugendliche in unserer Stadt angeht, auch so viel positive Energie dann zu spüren ist. Danke schön.

Frau Dr. Marquardt

Das war auch eher ein Statement als eine Frage an unsere Gäste.

Herr Kehr wieder, dann Herr Heym, dann Frau Ranft.

Herr Kehr wieder

Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Ich will nur noch einmal als letzten Wortbeitrag von meiner Fraktion aus mit dem Mythos aufräumen, dass das, was gefordert ist, was von Politikern gefordert ist, die irgendwie schon seit 30 Jahren im Stadtrat sitzen und Parlamentarismus wahrscheinlich mit der Muttermilch aufgesogen haben. Also ganz ehrlich, man muss doch nur auf die antragstellenden Fraktionen gucken, wer sich da zusammengeschlossen hat. So, da stehen Volt, da stehen MitBürger, da stehen GRÜNE, da stehen Linke, da steht die FDP, da steht die Freien Wähler.

Wie breit soll denn eine demokratische Basis über Parteigrenzen hinweg noch verhandeln, um, um vielleicht so ein Jugendparlament durchzubringen? Und welche Stadträte

unterstützen denn dieses Jugendparlament? Das sind nicht die, die seit 60 Jahren in diesem Gremium sind, sondern das sind vor allen Dingen die Stadträte, die unter 30 sind, die genau auch an der Basis der Jugendlichen oft waren und genau wissen, ihr wollt mehr Mitbestimmungsrecht und ihr wollt auch mehr Verantwortung. Da gab es gestern eine Pressemitteilung zu von allen Stadträten unter 30. Und das wäre durchaus eine vernünftige Sache, wenn man nicht nur auf ein Gremium hört, wozu der Kinder- und Jugendrat gehört und ich verstehe auch eure Kritik.

Aber es gibt auch andere jugendliche Gruppen in dieser Stadt, die genau dieses Jugendparlament wollen. Und dann können die Stadträte entscheiden, welchen Jugendlichen sie am liebsten zuhören wollen. Aber ich möchte wirklich mit dem Mythos aufräumen, dass alle Jugendlichen dieses Jugendparlament nicht wollen, sondern es gibt auch durchaus politisch engagierte Jugendliche über alle Parteigrenzen hinweg, die demokratische Jugendbeteiligung stärken wollen.

Frau Dr. Marquardt

Herr Knorre möchte darauf antworten.

Herr Knorre

Ich wollte dazu noch mal sagen, ich glaube, ein Jugendparlament ist eine coole Sache, eine richtig coole Sache, aber bewährt hat sich das in Kommunen, wo es vorher nichts anderes gab. In Leipzig gab es vorher nichts anderes. Deswegen hat man dort dann ein Jugendparlament eingerichtet und deswegen funktioniert es da auch. Und man kann das auch in anderen Städten machen. Muldestausee zum Beispiel gab es da vorher auch nichts. Und das ist, glaube ich, das eigentliche Problem.

Ich glaube, das ist ein Pferd, was verkehrt herum aufgesattelt wurde. Zuerst hat man festgestellt, wir wünschen uns als Politik mehr, dass man Jugendliche hört. Und dann wäre der eigentlich sinnvolle Weg gewesen, zuerst gucken wir, was wünschen wir uns, was haben wir, warum können wir mit dem, was wir jetzt haben, nicht unseren Wunsch erfüllen, was können wir machen, um das zu tun. Und wenn alles nicht wirkt, dann könnte man überlegen, wir könnten auch mal was anderes noch einführen. Stattdessen wurden all die Zwischenwege übersprungen und es gab einen Antrag von der Politik 2017. Und davor gab es kein Vorgespräch mit uns Jugendlichen.

Es mag junge Stadträtinnen und Stadträte geben, die das befürworten. Ich glaube bloß, der ganze Weg bis dahin ist komisch gewesen und nicht optimal. Und zum Thema, wir hätten nichts dazu gesagt. 2018, Wortprotokoll Hauptausschuss, hat die ehemalige KJR-Vorsitzende gesagt, wir haben gesagt, dass man die Zeit und Muße, die man reinsteckt, in die Erschaffung eines Jugendparlaments, lieber in die bereits bestehenden Gremien reinsteckt, die ihre Arbeit einfach vertiefen können. Das hat der KJR gesagt. Es gibt zwei hauptamtliche Personen, die sich den ganzen Tag nur mit Jugendbeteiligung beschäftigen. Und die waren die ähnliche Schlagrichtung. Dann gibt es noch, auch in dem Wortprotokoll, einen Satz vom damaligen Oberbürgermeister. Der Erstantrag hat sich darauf bezogen, dass in dem Wahlversprechen von Herrn Dr. Wiegand auch ein Jugendparlament gewünscht war. Dann gab es den Hauptausschuss und da haben wir diskutiert und dann hat sogar der Oberbürgermeister eingesehen, dass es vielleicht nicht sinnvoll ist, er sagt wörtlich: „Wir werden den Kinder- und Jugendrat mit Rechten stärken.“

Die aktuelle Jugendstudie, die auf Jugendliche Kommentare ruft, sagt wörtlich: „So sollte die Mitbestimmung des Kinder- und Jugendrates gestärkt werden.“ Und das ist für mich ein Argument, dass wir Jugendliche eher sagen, die sich beteiligen, lass uns doch lieber das anders angehen als das Jugendparlament. Und ich muss sagen, bei uns im Büro war zumindest niemand, der gesagt hat, wir wünschen uns ein Jugendparlament. Sie sprachen offenbar, gibt es da eine große Brandweite, die das wünschen. Ich habe mit denen noch keinen großen Kontakt gehabt. Wer wünscht sich denn das?

Frau D. Marquardt

Herr Kehr wieder, möchten Sie kurz darauf eingehen? Ansonsten haben wir eine Rednerliste.

Herr Kehr wieder

Alles gut. Ich weiß, dass der Kinder- und Jugendrat möchte, dass der Kinder- und Jugendrat gestärkt wird. Das ist durchaus verständlich als Gremium.

Frau D. Marquardt

Herr Knorre, kurz darauf.

Herr Knorre

Aber Sie hatten gerade eben gesagt, es gäbe auch jugendliche Gruppen, die ein Jugendparlament wünschten. Wenn das so wäre und es gäbe eine große Beteiligung, dann würde der Kinder- und Jugendrat ja auch sich mit denen vernetzen. Bei uns gab es niemanden, der gesagt hat, wir wünschen ein Jugendparlament. Mit wem haben Sie denn geredet?

Frau D. Marquardt

Wir wollen hier keinen Dialog. Sie können gerne noch kurz darauf antworten. Wir haben eine Rednerliste. Herr Heym, Frau Ranft, Herr Bernstiel.

Herr Heym

Ja, das ist schon ein bisschen absurd, wie das hier läuft und was hier so formuliert wird. 2018, wie gesagt, als Referent saß ich hinten, habe diese Diskussion verfolgt. Ich kann es eins zu eins bestätigen, was dort im Wortprotokoll vermerkt ist. Genauso hat damals die Sitzung hier stattgefunden. Ich hatte es auch beim letzten Mal schon entsprechend thematisiert.

So, dann diese Behauptung, es würde hier den breiten Wunsch geben und die würden so wunderbar funktionieren, diese Jugendparlamente. In Leipzig seit 2019, mit viel Engagement wird versucht, hier entsprechendes zu etablieren und eine entsprechende Nachfrage, sage ich es mal, zu erzeugen. 47.000 Jugendliche waren zur letzten Wahl wahlberechtigt. Es war eine Online-Wahl. Eine Woche konnte gewählt werden. Die Wahlbeteiligung lag bei 5,3 Prozent.

Der Herr Knorre hat es auch schon ausgeführt. Dann muss man sich angucken, wer hat sich zur Wahl gestellt. Das kann man in Leipzig auf den entsprechenden Seiten nachlesen. Es sind die üblichen Protagonisten, Jusos, Fridays for Future. Das ist im Grunde das, was sie beklagten. Man hat eine bestimmte politisch interessierte Klientel, die man da mit solchen Formaten begeistert, aber an die Jugendlichen, an die man eigentlich kommen will, von denen man eigentlich wissen will, wo drückt denn euer Schuh, was brennt euch auf den Nägeln, kommt man eben mit diesem Format nicht ran.

Und Herr Kehr wieder, bei aller Liebe, argumentativ haben Sie dieses auch hier nicht entkräftet. Sie haben nur versucht, den Jugendlichen hier in die Enge zu treiben, und zwar in einer Art und Weise, die ich nicht so toll finde, wo ich finde, das ist keine Art der Kommunikation mit Jugendlichen. Vielen Dank.

Frau D. Marquardt

Frau Ranft, dann Herr Bernstiel, dann Herr Pausen.

Frau Ranft

Ich würde da ganz kurz einsteigen, was Herr Heym gerade sagte.

Ich glaube, da haben sich jetzt Herr Knorre und Herr Kehr wieder beide jetzt wenig genommen.

Auch Herr Knorre hatte ja sozusagen sogar der Oberbürgermeister und so weiter. Das sind ja dann auch so Äußerungen, wo man dann auch denkt, Mensch, ist ja schön, wenn es eine Person im Raum gibt, die alles so richtig gut weiß. Deswegen haben sie sich da beide nichts

genommen.

Und ich würde gerne auf das Argument von Herrn Knorre eingehen, obwohl ich jetzt denke, dass der Änderungsantrag jetzt keine Mehrheit finden wird und dann auch die Beschlussvorlage auch beerdigt wird. Und dann freut sich im Endeffekt der Kinder- und Jugendrat und die Stadtverwaltung. Aber so ist es gerade. Trotzdem würde ich noch mal darauf eingehen wollen. Sie haben jetzt gesagt, dass Schülerinnen und Schüler mit Leserechtschreibschwäche, schüchterne Schüler und Sekundarschüler, die würden da weniger mitmachen. Das Gleiche gilt doch jetzt auch. Sie sitzen jetzt auch vorne, Herr Knorre, sind ja argumentativ sehr stark unterwegs. Das bewundere ich auch. Da haben Sie ja jetzt auch keine schüchterne Person nach vorne gesetzt. Also das Gleiche gilt ja jetzt auch schon.

Dann ist es tatsächlich so, ich kann Ihnen jetzt keinen Namen nennen. Sie haben nach Namen gefragt. Namen weiß ich auch nicht. Aber Frau Dr. Brock hatte das ja bei uns damals mitbetreut. Und jetzt Michelle Brasche. Die haben sich mit Kindern und Jugendlichen unterhalten, die das gerne hätten. Und wir sind natürlich bereit, und so habe ich auch Herrn Kehr wieder verstanden, wir sind natürlich bereit, auch wenn das jetzt sozusagen baden geht, ihnen dann auch die Namen in Rücksprache auch zuzuarbeiten. Auch diese Jugendlichen haben ja anscheinend den Weg zu Ihnen jetzt nicht gefunden. Das kann jetzt an verschiedenen Sachen liegen. Dass das dann auch vielleicht noch mehr gelingt, dass der Kinder- und Jugendrat dann noch mehr eh mit anderen Gruppierungen, die wir jetzt kennen, die dann auch zusammenarbeitet.

Und mir ist es so ein bisschen aufgestoßen, diese Formulierung, Sie haben Zwischenwege übersprungen und so weiter. Aber der Stadtrat ist ein gewähltes Gremium. Und wir haben einen Grundsatzbeschluss gehabt, der das Kinder- und Jugendparlament wollte. Und da hätte auch sozusagen, hätte auch, wir haben die Kinder- und Jugendbeauftragten, wir haben den Kinder- und Jugendrat. Und das ist immer nicht nur einseitig. Da hätte auch der eine, wenn wir nicht kommen, Herr Knorre, das ist möglich, dass wir nicht kommen, dann hätte es andersrum aber auch sein können. Es ist manchmal nicht alles so einseitig.

Aber ich hatte mich eigentlich gemeldet, um das zu bestätigen, was Herr Wend gesagt hat.

Auch wir werden, wenn der Änderungsantrag nicht durchgeht, die Gesamtbeschlussvorlage abstimmen und dann im Endeffekt freut sich die Stadtverwaltung als Einzige, glaube ich. Weil wir haben ja ewig darum gekämpft, dass die Beschlussvorlage kommt. Und hat jetzt mehrere Jahre gedauert. Und jetzt ist es so, dass sie quasi beerdigt wird. Das finde ich einfach nur total schade.

Frau D. Marquardt

So, Herr Bernstiel, dann Herr Paulsen, dann Herr Heym.

Herr Bernstiel

Vielen Dank und hallo erst mal.

Zunächst einmal finde ich es wirklich schwierig und auch ein Stück weit bedauernd, welche Polemik sich hier eingeschlichen hat. Das ist eigentlich nicht das Niveau, was ich mir wünsche für so eine Diskussion hier. Und ich freue mich auch,

Zwischenrufe

Sie tragen nicht gerade dazu bei, dass es besser wird.

Und ich möchte Herrn Knorre danken und auch noch mal darauf hinweisen, Sie sind hier ehrenamtlich für den Kinder- und Jugendrat und nicht Mitglied dieses Stadtrates. Und insofern finde ich es auch schwierig, wenn man Sie da in solche politischen Diskussionen verwickelt.

Zu der Beschlussvorlage an sich. Die wurde nun auf den Weg gebracht, noch mit alten Stadtratsmehrheiten. Sie haben versucht, das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung für Demokratie damit zu steigern. So, das war die Idee. Jetzt kam die Idee in die Praxis und Sie hören eigentlich von allen Seiten, von allen Beteiligten, dass es keine taugliche Idee ist und dass wir andere Formate haben, die funktionieren. Leipzig hat das, wie gesagt, das haben

wir jetzt mehrfach gehört, auf den Weg gebracht und es hat sich gezeigt, es ist eben kein taugliches Format. Und nur weil Ihnen sozusagen diese Wahrheit nicht gefällt, werden Sie jetzt hier ein Stück weit gemein, um das mal so auszudrücken. Und das ist nicht in Ordnung. Also akzeptieren Sie doch bitte die Statements, die Ihnen gegeben wurden. Die Stadtverwaltung findet das nicht für eine zielführende Idee. Wir finden es auch nicht für eine zielführende Idee.

Und offensichtlich diejenigen, die sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen und auch für einen größeren Kreis sprechen, hier ist der Kinder- und Jugendrat, wir haben noch gar nicht über den Stadtschülerrat gesprochen, beide sagen, wir brauchen das in der Form nicht und stärken lieber die Formate, die da sind.

Und jetzt noch mal ein ganz valides Argument. Diese Wahl durchzuführen kostet im Schnitt, ich lasse mich gerne korrigieren, 30.000 Euro alle zwei Jahre. So steht es in den Haushaltsverhandlungen drin, die wir gerade geführt haben. Und wenn ich mir jetzt mal sage, ich nehme von diesen 30.000 ein Drittel, 10.000 Euro und wende diese Mittel auf, um den Kinder- und Jugendrat, den Stadtschülerrat so zu ertüchtigen, dass es auch im Sinne der Antragsteller zu mehr Demokratie kommt oder zu mehr Beteiligung derjenigen Jugendlichen, für die Sie ja scheinbar zu sprechen scheinen, dann haben wir doch eine super Lösung.

Und deshalb kann doch heute nur der Kompromiss sein, zu sagen, wir machen das nicht, folgen dem Votum explizit der Jugendlichen, die hier auch gesprochen haben, die auch an uns sich gewendet haben und nutzen die frei werdenden Mittel in nicht unerheblicher Größe, um andere gute Dinge für diese Stadt zu tun und einen Teil davon eben genau in die Institutionen zu stecken, die sich hier schon seit Jahren bemühen. Und damit wäre unsere Position auch klar. Wir werden dieser Beschlussvorlage, die wir heute in der Form nicht zustimmen, und möchten uns noch mal herzlich bedanken, auch beim Kinder- und Jugendrat, dass sie den Weg hierher gefunden haben und auch so offen mit uns gesprochen haben.

Frau Dr. Marquardt

Herr Paulsen, dann Herr Heym, Frau Bredelow, Herr Dr. Wend.

Herr Paulsen

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist in der Tat etwas bedauerlich, dass das, was zwischenzeitlich auf dem Weg war, jetzt in der Frage, ist man für oder gegen ein Jugendparlament, unter die Räder kommt. Nämlich, wir haben ja tatsächlich intensiv noch mal diskutiert. Ich hatte schon gesagt, mich hat diese erneute Grundsatzdiskussion überrascht, weil ich dachte, nachdem wir den Stadtratsantrag oder Stadtratsbeschluss dann in diese Satzung und in die Wahlordnung gegossen haben, ist es nur noch Formsache, dass das durchgeht. Aber es lag tatsächlich eine Diskussion oder es wurde eine Diskussion geführt darüber, was ist eigentlich das Ziel des Kinder- und Jugendparlaments. Was war damals die Intention der antragstellenden Stadträte beziehungsweise der antragstellenden Fraktion, das auf den Weg zu bringen. Und da lag auf dem Tisch genau diese Sprachlosigkeit und der fehlende Austausch zwischen Politik und Jugendlichen. Und diesen Ansatz jetzt tatsächlich zu beleuchten in der Diskussion und zu gucken, was kann denn hier der Mehrwert sein, das findet überhaupt nicht statt.

Und ich bringe jetzt noch mal dieses Modell – wir haben das in der einen Runde sehr intensiv diskutiert – einen Kinder- und Jugendbeirat oder Jugendbeirat auf den Tisch, wo die bestehenden Beteiligungsgremien, die wir haben, Kinder- und Jugendrat, Stadtschülerrat, Auszubildendenvertretung, vielleicht verschiedene Projekte, die es in der Stadt gibt, einbindet und mit Stadträtinnen und Stadträten in einen Beirat gießt. Wo genau diese Verknüpfung, die jetzt hier über ein neues Gremium mit allen Stärken und Schwächen, die hier formuliert wurden, die so auf den Weg gebracht werden sollen. Und insofern geht an vielen Stellen in der Diskussion, die jetzt hier angeführt werden, genau dieser Aspekt unter.

Und die Stadtverwaltung setzt mit aller Kraft das um, was beschlossen wird. Egal, ob das jetzt das Jugendparlament ist, wie das von uns vorgelegt wurde oder mit den minimalen

Veränderungen, die Herr Dr. Wend hier hoch lobt oder ob man vielleicht noch eine Schleife dreht und sagt, es gibt möglicherweise ein anderes Beteiligungsformat, was das Ziel, das ursprüngliche Ziel, nämlich eine Verzahnung von Politik und Jugendlichen in der Stadt besser abbildet als Jugendparlament. Das ist der Stadtverwaltung erst mal relativ egal, Frau Ranft. Insofern setzen wir das natürlich um und unterstützen das. Aber das, wie es hier diskutiert wird, ist, glaube ich, an einigen Punkten tatsächlich schräg, weil das grundlegende Ziel aus dem Auge verloren wird in der Frage „Jugendparlament, bist du dafür oder bist du dagegen?“.

Frau Dr. Marquardt

Herr Heym, dann Frau Bredelow, dann Herr Dr. Wend.

Herr Heym

Ich weiß jetzt nicht, wie wir das organisieren. Ich hätte grundsätzlich, weil wir wohl abstimmen möchten heute, zu der Beschlussvorlage und auch zum Änderungsantrag noch mal Fragen, und zwar rechtlicher Art an die Verwaltung zur Bewertung bestimmter Positionen. Wollen wir das jetzt machen oder wollen wir erst hier die Diskussion im Dialog mit den Gästen fortführen?

Frau Dr. Marquardt

Ich würde zunächst fragen, ob es noch Fragen an die Gäste gibt. Das sehe ich nicht. Ja, wir haben noch eine Rednerliste.

Herr Heym

Vielleicht möchte sie erst mal reagieren, weil es ging ja hier thematisch erst mal grundsätzlich und dann kann ich am Anschluss vielleicht meine Detailfragen stellen.

Frau Dr. Marquardt

Okay, dann Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Ja, vielen Dank. Ich finde es schon ziemlich dreist zu behaupten, die Stadtverwaltung würde sich freuen, wenn das jetzt nicht zustande kommt. Nein, das muss ich ganz klar sagen. Das ist durchaus keine Freude, weil auch eins deutlich geworden ist, so wie es bisher ist, ist es auch nicht ausreichend.

Also ich finde es erst mal sehr wichtig, dass heute dieses Thema hier besprochen wird. Ich würde mich auch freuen, wenn die, die heute so für den Kinder- und Jugendrat reden, künftig auch enger mit dem Kinder- und Jugendrat zusammenarbeiten. Weil eins nämlich deutlich ist, Herr Kehrwieder, es ist nicht so, dass der Jugendhilfeausschuss für Jugendpolitik zuständig ist. Na ja, es klang vorhin so ein bisschen an. Das hat er dann richtig dargestellt, wie er den Jugendhilfeausschuss erlebt, nämlich so, wie es im Gesetz steht, dass er sich zunächst erst mal mit Fragen der Jugendhilfe auseinandersetzt.

Es gibt weitere Themen, wo man tatsächlich Möglichkeiten finden muss, wie Jugendpolitik hier in der Stadt mit Jugendlichen diskutiert werden kann. Ob ein Jugendparlament da hilft, da mache ich mal ein Fragezeichen. Also, ich bin weder dafür noch dagegen. Ich sage nur, wir können auch nicht da stehen bleiben, wo wir momentan sind.

Und es ist ganz wichtig, tatsächlich auch in die Breite der Jugendlichen mit einzubinden. Also, er hat ein Beispiel genannt. Wir hatten in der Vergangenheit tatsächlich die Möglichkeit, dass der Kinder- und Jugendrat vor Ort mit betreut wurde. Dann hat sich innerhalb der Struktur der Stadtverwaltung was verändert. Das sind halt auch immer solche Themen, wo man das auch alles mit einbinden muss.

Aber ich möchte noch mal ganz klar sagen, wenn wir tatsächlich heute, sollte das abgelehnt werden, heißt das nicht, es geht weiter so wie bisher, sondern dann müssen wir uns

tatsächlich Gedanken machen, so wie Herr Pausen gerade gesagt hat, wie entwickeln wir die Kinder- und Jugendbeteiligung hier in der Stadt weiter.

Frau Dr. Marquardt

Herr Dr. Wend und dann Herr Heym.

Herr Dr. Wend

Also, erstmal möchte ich mal nochmal klarstellen, dass wir überhaupt diese Debatte führen, weil hier Leute das angestoßen haben. Und der Impuls kommt aus einer bestimmten politischen Richtung dieser Stadt, die übrigens schon immer betont hat, könnte man mehr schaffen, was man so mit Kindern und Jugendlichen, wie man sie politisch einbindet.

Es entsteht jetzt durch diese ein bisschen zugespitzte Debatte um dieses Parlament und auch um die Form, wie es eingeführt wird, kommen da auch hier ein bisschen falsche Schlüsse zustande, die das hier vertreten. Und ich möchte auch nochmal klar sagen, wir mit unserem Änderungsantrag sind ja stark auf der Seite der Kinder und Jugendlichen. Man kann da immer theoretisch drüber verhandeln, ob die Idee und der Ansatz gut oder richtig ist, aber Tatsache ist ja, dass von uns hier dieser Impuls gekommen ist, ganz klar.

Wissen Sie, Herr Bernstiel, wenn Sie hier dann immer mit Elder-Statesman-Attitüde da so Sachen reden, ich kann mich zum Beispiel erinnern, Frau Marquardt, Sie wissen es noch, wir haben in der, da würde ich nicht so viel grinsen, da haben wir hier im Raum der Linken, als dieses ganze Thema mit, es war diese ganze Debatte um Hasi und es ging um Freiräume, wie Sie dort, sehr das lächerlich gemacht haben, weil natürlich Hasi war jetzt nun nicht Ihre politische Orientierung, auch nicht meine, keine Sorge. Aber wie Sie das dort sehr lächerlich gemacht haben, dass man über Freiräume und über sowas nachdenken muss. Mein Gehirn wird mit zunehmendem Alter löchriger, aber daran kann ich mich gut daran erinnern. Ich kann mich auch daran erinnern, dass Herr Bönisch beim Besuch im Kinderschutzbund gesagt hat, das hat hier in der Silberhöhe alles gar keinen Sinn, das schließt man doch am besten. Das sind also Töne aus der CDU, nur so ganz am Rande. Also da würde ich doch mal bitten, die Kirche im Dorf zu lassen. Der Grundimpuls war, hier was besser zu machen. Und wir haben das auch kritisiert, auch im Jugendhilfeausschuss kritisiert, dass das dauert. Ist halt so, wie es ist. Ich nehme das gerne. Ich bin immer ein Freund der offenen Formate gewesen und ich nehme das gerne an, dass wir, wenn diese Sache nun in Gänze scheitert, das natürlich als Aufgabe ansehen, wie wir Kinder- und Jugendbeteiligung besser organisieren.

Aber ich möchte noch mal sagen, dass der Impuls dieses Änderungsantrags aus der inneren Überzeugung kommt, dass hier wirklich ein Defizit ist und man was besser machen kann.

Das finde ich nochmal ganz wichtig, dass man das versteht.

Frau Dr. Marquardt

Herr Heym, Herr Raue hat sich auch gemeldet. Herr Raue kommt zuerst.

Herr Raue

Ja, ich wollte das nur noch mal auch aus meiner Sicht zusammenfassen. Also ich möchte tatsächlich keine übermäßige Politisierung von Jugendlichen. Ich möchte, und das macht der Kinder- und Jugendrat sehr gut, einfach nur eine Interessenvertretung. Und da fasst eigentlich der Kinder- und Jugendrat vieles richtig zusammen. Das könnte man sicherlich noch stärken, aber ich bin jetzt nicht auf dem Standpunkt, wie man das hier jetzt heraushören könnte, dass da so viel im Argen liegt.

Ich habe ja vorhin gesagt, das ist jetzt nicht unbedingt ein Interessensgebiet von Kindern und Jugendlichen, jetzt für eigene Rechte zu kämpfen. Kinder und Jugendliche sind es ja gewohnt, dass man ihre Rechte generell beachtet, also über Elternhäuser, über Schulen, über Vereine, Sportvereine, die Fraktionen sowieso sind ansprechbar durch natürlich den Kinder- und Jugendrat, auch durch Eltern, die Verwaltung sowieso auch. Dann gibt es die allgemeinen Pflichtenaufgaben der Jugendhilfe. Und alles das läuft wie ein Kreislauf.

Und ich bin der Auffassung, so ein Jugendparlament, damit übertreiben wir es jetzt. Und nur,

weil sich das ein paar Fraktionen wünschen, ein paar Links-GRÜNE Fraktionen in diesem Fall,

die im Prinzip mit diesem Jugendparlament möglicherweise mehr erzieherische Arbeit noch leisten wollen, da sage ich, das sind eigentlich genau die Freiräume, Herr Wend, die wir den Jugendlichen auch lassen sollen. Nämlich die Freiräume selbst zu entscheiden, wollen sie das eigentlich.

Und ich habe das tatsächlich bisher auch selbst nicht wahrgenommen, dass dieses Jugendparlament eine starke Nachfrage erfährt, außer im Stadtrat. Und das hat Herr Bernstiel auch schon richtig ausgedrückt, immer die gleichen. Und da beharrt man auf alte Überzeugung und will dieses alte Recht noch durchsetzen, weil man jetzt lange daran gearbeitet hat. Aber manchmal ist es einfach auch gut, wenn ich lange an einem Werkstück arbeite und dann ein Stück zurücktrete und sage, irgendwie ist das nicht gelungen, dass ich dann noch sage, okay, dann hat das jetzt keinen Zweck, dann fange ich was Neues an oder bleibe bei meinem Alten. Und deswegen, also mein Statement, meine Fraktion würde dem jetzt auch nicht zustimmen. Wir würden das auch so bewerten lassen.

Frau Dr. Marquardt

Herr Heym.

Herr Heym

Ja, nun haben ja der Änderungsantrag und die Vorlage der Stadtverwaltung auch Teile rechtlicher Komponenten, die man beachten muss. In Vorbereitung auf die heutige Sitzung habe ich mir das alles noch mal vorgenommen. Es gibt ja diese Rundverfügung 10 aus 2019, die dieses Thema behandelt, vom Landesverwaltungsamt. Die ist ja der Stadtverwaltung bekannt. Nun hat sich mir die Frage gestellt, eine Stellungnahme gibt es ja zum Änderungsantrag nicht, inwieweit die Änderung, die hier vorgenommen wird, im Paragraf 5 Absatz 8 hier rechtskonform auslegbar ist oder den Anforderungen genügt, die diese Rundverfügung stellt. Das wäre die erste Frage.

Frau Dr. Marquardt

Möchten Sie darauf antworten?

Herr Schreyer

Ich hätte jetzt empfohlen, Herrn Heym erst mal sämtliche Fragen zu stellen, weil ich glaube, Sie zielen alle in die gleiche Richtung. Und dann können wir das insgesamt beantworten.

Frau Dr. Marquardt

Okay, Herr Heym.

Herr Heym

Dann machen wir es zusammengefasst. Es sind beides rechtliche Fragen.

Wie gesagt, das eine ist jetzt für den Änderungsantrag. Im Paragraf 2 Absatz 3 Punkt 3, da hätte ich eine Nachfrage an die Antragsteller. Da sagen Sie, das Rederecht des oder der Vorsitzenden bzw. seiner oder ihrer Stellvertretung etc. pp. Verstehe ich das richtig, dass das so gemeint ist, dass immer noch im Stadtrat oder den Ausschüssen ein Rederecht beantragt und abgestimmt werden muss?

Frau Dr. Marquardt

Ich glaube, die Frage geht eher an die antragstellenden Fraktionen.

Herr Heym

Ja an die Antragsteller an der Stelle.

Frau Dr. Marquardt

Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Ja, weil das ja so sein muss. Es geht gar nicht anders. Wir können ja jetzt nicht einfach so ein Kinder- und Jugendparlament wie man an ein Haus eine Garage anbaut und noch eine Tür da durchmacht und sagt, dass gehört jetzt zur Immobilie dazu. So geht das ja nicht. Das ist ja noch ein eigenständiges Konstrukt und deswegen muss man das dann über einen Antrag machen.

Das geht nicht anders.

Herr Heym

Ich wollte mich nur rückversichern, dass da keine Unklarheiten bleiben.

Dann Beschlussvorlage der Stadtverwaltung, die beinhaltet die Satzung. Die Satzung in Paragraf 7 Absatz 2 reflektiert aufs KVG den Paragraf 30 Absatz 3. Jetzt habe ich wieder hier die entsprechende Rundverfügung, die ganz klar formuliert, unter Beachtung höherrangigen Rechts, insbesondere der gesetzlichen Beschränkung hinsichtlich der Geschäftsverfahrens Handlungsfähigkeit von Minderjährigen zu entwickeln, wären also diese Satzungen und Vorschriften. Dieser Paragraf 30 Absatz 3 KVG LSA wiederum stellt dann ab auf die Paragrafen 30 bis 34, sage ich es mal zusammengefasst, wo es um Geheimhaltung geht, Haftung geht etc. Jetzt haben wir in unserer Wahlordnung, ein passives Wahlrecht für die Vertreter im Jugendparlament ab 12. Und jetzt meine Frage an die Stadtverwaltung, korrespondierend dieses mit den Vorgaben, die das Landesverwaltungsamt hier formuliert, ist das überhaupt einen Einklang zu bringen?

Frau Dr. Marquardt

Waren das jetzt alle Fragen?

Herr Schreyer, bitte.

Herr Heym

Wenn wir den Änderungsantrag abgestimmt haben, bitte ich um eine kurze Auszeit, weil meine Fraktion sich dann noch mal beraten möchte.

Frau Dr. Marquardt

Okay, Herr Schreyer, bitte.

Herr Schreyer

Vielen Dank. Ich würde doch noch mal zusammengefasst mit dem ersten Komplex anfangen wollen, weil eigentlich war das nicht zu trennen, auch wenn Sie die Fragen sozusagen an die antragstellende Fraktion und an die Verwaltung separat gerichtet haben. Es ging eigentlich zusammengefasst darum, ob dieses Gremium ein generelles Rede- und Antragsrecht, ein eigenständiges bekommen kann. Und das haben, wenn Sie sich erinnern, die Verwaltung bereits im Vorfeld der Rundverfügung immer verneint. Damals mit viel Kritik aus den Reihen des Stadtrats versehen worden. Die Rundverfügung hat das dann bestätigt.

Der Änderungsantrag, so wie er jetzt gestellt wird, berücksichtigt aber sowohl unsere damalige Rechtsauffassung als auch die Rundverfügung und zwar hinsichtlich sowohl des Rederechts als auch des Antragsrechts. Warum? Weil Sie haben es eben schon mal konkret noch mal nachgefragt. Es ist kein generelles Rederecht, was hier eingeräumt wird, sondern wie wir das damals auch schon gesagt haben, es wird ein Rederecht in Kinder- und jugendpolitischen Themen auf einen entsprechenden Beschluss des Gremiums eingeräumt. Das heißt, es ist ein Beschluss des Gremiums, sowohl des Stadtrats als auch in dem Fall des Ausschusses, wenn Rederecht eingeräumt werden soll, erforderlich. Und dann entscheidet dieses Gremium, ob das Rederecht gewährt wird, ja oder nein. Genau das ist die rechtliche Anforderung gewesen, die wir damals als Verwaltung formuliert haben. Genau das ist die rechtliche Anforderung, die in der Rundverfügung formuliert wird, im Gesetz so steht. Und das berücksichtigt auch dieser Antrag. Und es ist zumindest, so habe ich Herrn Dr. Wend verstanden, auch noch mal bestätigt worden, dass die Antragsteller, das auch so zu

sehen.

Bei dem Antragsrecht ist es genauso. Das haben die Änderungsantragsteller relativ clever formuliert jetzt. Sie übertragen nämlich die Arbeit auf die Verwaltung. Das heißt nicht, das Parlament hat ein eigenständiges Antragsrecht, sondern das Parlament soll Beschlüsse fassen und die Verwaltung wird verpflichtet, diese Beschlüsse als eigene Beschlussvorlagen, mit einem Statement versehen, in das Gremium einzubringen. Das heißt, es ist kein Antragsrecht mehr des Kinder- und Jugendparlaments, sondern die Verwaltung bringt die entsprechenden Vorlagen ein. Das ist, wenn Sie sich erinnern, wie damals, als wir einen Bürgerhaushalt initiiert haben, Vorschläge aus der Bürgerschaft gekommen sind, war die Verwaltung aufgehoben, diese als eigene Vorschläge mit einem Votum versehen in das Gremium einzubringen. Genauso soll es hier gemacht werden. Das heißt, formal hat man die rechtlichen Hürden genommen, indem man die rechtliche Belastung abgewetzt hat auf die Verwaltung.

Zu Ihrer letzten Frage, Satzung. Selbstverständlich werden durch diese Regelungen, die hier in Analogie aus dem KVG angewandt werden sollen, werden diese Regelungen beachtet und auch Minderjährige, die ehrenamtlich tätig werden, können auf bestimmte, unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen für Minderjährige in dem Jugendparlament, können auf diese Rechte hingewiesen und auch verpflichtet werden. Daran geknüpft sind keine Haftungsregelungen. Das ist damit nicht gemeint. Und damit haben wir letztendlich mit diesem Vorschlag, wie ihn die Verwaltung gemacht hat, einen rechtlichen Rahmen gewählt, der auch dem des KVGs entspricht. Danke.

Frau Dr. Marquardt

Herr Knorre wollte kurz was sagen und dann Herr Heym.

Herr Knorre

Ich wollte nur nochmal, weil ich auch mal erst verdauen musste, was jetzt in mir vorging, wollte ich bloß nochmal einzelne Sätze sagen zum Abschluss für mich heute, weil ich glaube, das geht in eine andere Richtung, die Diskussion.

Ich wollte nur sagen, dass ich bloß in dieser Diskussion jetzt mitteilen wollte, dass wir die Art und Weise, wie es zu diesem Jugendparlament gekommen ist, nicht gut fanden. Wir glaubten einfach, es wäre besser, wenn wir das bisherige fördern.

Wir sind uns bewusst, dass der Kinder- und Jugendrat auch Defizite hat. Wir wissen aber auch, dass alle anderen Beteiligungsgremien irgendwie nie perfekt sein werden. Auch ein Jugendparlament, wenn es funktioniert, selbst wenn es gut funktioniert, wird keine Wunderwaffe sein. Deswegen wollte ich bloß sagen, wir sind bloß der Meinung, man hätte das Problem anders anpacken sollen. Und auch ich freue mich nicht, sollte es abgelehnt werden. Ich habe unglaublich viel Zeit rein investiert. Und am Anfang waren noch ganz viele Fragen offen. Da haben wir unsere Ferienzeit genutzt und haben mit dem damaligen Stadtratsvorsitzenden darüber diskutiert. Wir haben allein in den letzten zwei Monaten, hatten wir zweimal uns mit der Fraktion getroffen. Einmal haben wir eingeladen, Vorsitzende von Bildungsausschuss und von Jugendhilfeausschuss. Wir saßen im Jugendhilfeausschuss, wir saßen vorletztes Mal hier als Zuhörer drin. Heute sitzen wir drin und haben noch die Vor- und Nachbereitungszeit. Wir haben unglaublich viel Zeit rein investiert. Von den letzten zweieinhalb Monaten ging die Hälfte der Zeit nur für dieses Jugendparlament drauf. Ich habe da viel mitgearbeitet von Anfang an. Ich habe auch die letzten Nächte nicht gut geschlafen, weil ich wusste, dass die Diskussion heute komisch wird.

Also auch ich freue mich nicht, sollte es heute abgelehnt werden. Ich glaube, dass das Problem anders hätte angepackt werden sollen. Und wenn man das von Anfang an getan hätte und Hand in Hand gegangen wäre von Anfang an, dann wäre man auch nicht in so einer verzwickten Situation. Aber ich wollte bloß sagen, ich freue mich auch nicht.

Und noch zwei Punkte. Ich halte es auch nicht für eine Schande, wenn man jetzt sagt oder feststellt, man könnte die bisherigen Gremien ändern. Wie gesagt, auch KJR ist verbesserungswürdig, bin ich total bei allen, die das sagen wollen. Aber nur zum Beispiel

2018 ging es auch um Bitterfeld-Wolfen. Herr Schreyer hat da auch seine Sätze damals zugesagt.

Und in der Mitteldeutschen Zeitung nachzulesen war, dass damals auch ein Jugendparlament angedacht war. Die bürokratischen Hürden für die Form waren jedoch zu hoch. Und so entschied man sich für einen Beirat. Auch dort war es so, dass man erst in eine Richtung gegangen ist, festgestellt, es ist nicht die perfekte Form und hat einen anderen Weg gegangen.

Und der Weg ist manchmal so erfolgreich, dass dann 2018 das als Positivbeispiel in die Diskussion eingeflossen ist.

Ich halte also, wenn man dagegen stimmte, dass nicht für ein Eingeständnis, dass alles Kacke gelaufen ist. Gerne kann sich Herr Wend, und zu Recht kann er sich anschreiben, dass er einen Stein ins Rollen gebracht hat in die Diskussion. Und dass wir jetzt hier sitzen, ist tatsächlich auch ein Verdienst, dass diese Diskussion am Laufen ist. Ich glaube, wenn man jetzt weg vom Jugendparlament und hin zu anderen Möglichkeiten ginge, wäre es keine Schande.

Und wenn Sie für ein Jugendparlament stimmen wollen, dann machen Sie das. Also ich bin der Letzte, der dagegen arbeitet. Wenn es dann Jugendliche gibt, die da drinnen sind, werde ich nicht dasitzen und die bekämpfen. Der Kinder- und Jugendrat wird sich auch möglichst bemühen, dass man irgendwie klarkommt und keiner wird dann gegen die Mitglieder im Jugendparlament, gegen die eigenen Mit Jugendlichen kämpfen. Das wäre sinn frei. Aber diese beiden Gremien sind per se konkurrierend. Der Kinder- und Jugendrat hat in seiner Satzung offizielles Interessenvertretung der halleschen Kinder und Jugendlichen. Und da können Sie mal gucken in der Satzung vom Jugendparlament. Jugendparlament ist politisches Interessensvertretungsgremium für alle Kinder und Jugendlichen der Stadt. Also schon im Selbstverständnis sieht man, dass es Überschneidungen gibt und die konnten wir einfach nicht auslösen. Das ist der Grund, weshalb ich dagegen war. Wenn Sie das wollen, dann stimmen Sie für das Jugendparlament. Wenn es einmal da ist und die Jugendlichen da sind, werden wir uns damit bemühen. Stimmen Sie gerne dafür, wenn Sie wollen, aber dann tun Sie es bitte in dem Bewusstsein, dass der Kinder- und Jugendrat und der Stadtschülerrat und die Hauptamtlichen, nämlich die Moderatoren für Kinder- und Jugendbeteiligung und der Kinder- und Jugendbeauftragte und die Jugendstudie und mittlerweile sogar die Verwaltung von diesem Konzept Abstand genommen haben, wenn nicht von Anfang an so dagegen waren. Dann machen Sie das bitte im Bewusstsein, dass die Kommunikation von Anfang an anders hätte laufen können und dass man es in Zukunft besser machen muss. Und dann machen Sie es bitte im Bewusstsein, dass das Jugendparlament auch keine Wunderwaffe sein wird.

Und wenn Sie das machen wollen, dann können Sie es gerne machen. Aber ich wollte sagen, stimmen Sie dafür, ich werde nicht gegen die Jugendlichen arbeiten, aber tun Sie das bitte mit diesen Gedanken im Hintergrund in den Kopf.

Frau Dr. Marquardt

Danke, Herr Heym.

Herr Heym

Ja, mir macht das inzwischen auch keinen Spaß mehr. Nee, ich lasse es nicht, weil die Fragen sind natürlich zu stellen.

Also Herr Schreyer, ich habe es ja an einem konkreten Beispiel erfragt und habe auch entsprechend den Rahmen zitiert, den das Landesverwaltungsamt hier vorgelegt hat. Und mitnichten finde ich hier eine Formulierung, die berücksichtigt, dass es hier gesetzliche Beschränkungen gibt hinsichtlich des Alters und der Geschäfts- und Verfahrensfähigkeit.

Im Paragraph 7 Absatz 2 wird verpflichtet aufs KVG durch den Oberbürgermeister. Diese Differenzierung, die Sie behaupten, finde ich nirgends. Erster Punkt.

Der zweite Punkt ist dieses Abwälzen dieser Rechtsproblematik auf die Stadtverwaltung. Das mag theoretisch, mögen Sie das charmant finden, aber solange die Stadtverwaltung kein eigenständiges Recht hat zu entscheiden, welche Ideen sie sich zu eigen macht oder

nicht, ist das nur ein Umgehungstatbestand, der im Grunde die Vorgaben, die das Landesverwaltungsamt hier formuliert, umgeht. Und von daher bin ich mir nicht sicher, wenn das rechtlich geprüft werden muss, ob das Bestand hat.

Frau Dr. Marquardt

Herr Bernstiel, ich habe gesehen, Sie haben einen GO-Antrag, aber lassen Sie bitte Herrn Schreyer, bevor Sie Ihren Antrag stellen, darf Herr Schreyer bitte antworten.

Herr Schreyer

Ich habe meiner Ausführung nichts hinzuzufügen.

Also Herr Heym kann diese Meinung haben, die werde ich ihm nicht nehmen. Aber das Jura-Studium habe ich absolviert, also soweit bleibe ich da dabei. Danke.

Frau Dr. Marquardt

Dann Herr Bernstiel.

Herr Bernstiel

Ja, also, wenn sich jetzt keiner mehr meldet, ich wollte jetzt eigentlich gerne den Antrag stellen auf Fortsetzung der Tagesordnung, wie es hier richtig heißt, und Abstimmung. Also gibt es noch Fragen in der Rednerliste? Weiterhin hat sich der GO-Antrag erledigt und wir sparen noch eine Minute. Also ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann klemme ich mir den Geschäftsordnungsantrag.

Frau Dr. Marquardt

Und wir bedanken uns bei den Gästen. Dankeschön.

So, wir kommen zur Abstimmung des Änderungsantrags der verschiedenen Fraktionen.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, hebt bitte jetzt die Hand.

Eins, Zwei, Drei, Vier. Wer ist dagegen? Eins, Zwei, Drei, Vier, Fünf, Sechs, Sieben. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Heym, Sie hatten um eine kurze Pause gebeten. Fünf Minuten. Um 17.19 Uhr geht es weiter.

Die Sitzung wurde für eine 5-minütige Pause unterbrochen.

Frau Dr. Marquardt

So, Sie sind zurück. Wir hatten fünf Minuten in Aussicht gestellt. Jetzt muss ich schauen, ob alle wieder zurück an den Tisch kommen. Alle sind am Tisch. Wir können also doch früher fortfahren. 17.15 Uhr.

Jetzt kommen wir zur unveränderten Beschlussvorlage. Wer der Beschlussvorlage zustimmen kann, hebt bitte jetzt die Hand. Keine. Wer ist dagegen? Eins, Zwei, Drei, Vier, Fünf, Sechs, Sieben, Acht, Neun, Zehn. Wer enthält sich? Oder es waren Elf? Dann haben wir einstimmig abgelehnt.

Ende des Wortprotokolls

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FREIE WÄHLER und Die Linke zur Beschlussvorlage „Satzung und Wahlordnung Jugendparlament der Stadt Halle (Saale)“ (VIII/2024/00087)
Vorlage: VIII/2024/00552**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

1. die Satzung des Jugendparlaments der Stadt Halle (Saale) ~~und~~ **mit folgenden Änderungen:**

§ 2

Aufgaben, Rechte und Pflichten

- (1) Das Jugendparlament Halle (Saale) ist das politische Interessensvertretungsgremium für alle Kinder und Jugendlichen der Stadt gegenüber der Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung. Es wird von Jugendlichen geführt, arbeitet überparteilich und konfessionsneutral. Die im Jugendparlament Halle (Saale) agierenden Jugendlichen bekennen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Als aktive Mitglieder der Gesellschaft nehmen sie ihr Recht auf Mitsprache und Beteiligung im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention wahr.
- (2) Zu den Aufgaben des Jugendparlaments gehören insbesondere:
 1. Die Vertretung der kinder- und jugendpolitischen Belange aller Kinder und Jugendlichen der Stadt gegenüber der Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung.
 2. Die Sensibilisierung weiterer junger Menschen für demokratische Prozesse und politische Themen.
 3. Die Beteiligung an den Entscheidungsfindungen der Angelegenheiten des Stadtrates durch Abstimmungsempfehlungen und Änderungsvorschlägen.
- (3) Dem Jugendparlament obliegen zur Aufgabenwahrnehmung folgende Rechte:
 1. **Abgabe von Stellungnahmen zu Vorhaben mit Relevanz für Kinder und Jugendliche, welche im Zusammenhang mit der Beratung im Stadtrat und seinen Ausschüssen stehen**
 2. **Einladung des oder der Vorsitzenden bzw. seiner oder ihrer Stellvertretung in den Stadtrat und seine Ausschüsse bei der Behandlung jugendrelevanter Themen**
 3. **Rederecht des oder der Vorsitzenden bzw. seiner oder ihrer Stellvertretung in den Angelegenheiten des Aufgabenbereichs des Jugendparlaments auf Beschluss in den jeweiligen Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse**
 4. **Verfügung über die vom Stadtrat zugewiesenen Haushaltsmittel**
- (4) Dem Jugendparlament obliegen zur Aufgabenwahrnehmung folgende Pflichten:
 1. **Abgabe von Stellungnahmen zu Vorhaben mit Relevanz für Kinder und Jugendliche nach Aufforderung durch den Stadtrat und seine**

Ausschüsse

2. durch Vorschläge, Empfehlungen und Hinweise auf die Gestaltung und Entwicklung der Stadt Halle (Saale) in allen Angelegenheiten der Kinder und Jugendlichen Einfluss zu nehmen
3. Abgabe eines Berichtes über die Verwendung der Haushaltsmittel zum Ende jedes Haushaltsjahres

§ 5

Struktur und Arbeitsweise

[...]

(8) Beschlüsse des Jugendparlamentes werden von der Stadtverwaltung geprüft, mit einer Beschlussempfehlung versehen und als Beschlussvorlage in den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) eingebracht. Die Einbringung erfolgt spätestens in der zweiten auf die Beschlussfassung des Jugendparlamentes folgenden Sitzung des Stadtrates.

(9) Dem Jugendparlament steht ein jährliches Budget nach Maßgabe des jeweils gültigen Haushaltsplans der Stadt Halle (Saale) sowie eine Personalstelle im Umfang von einer Vollzeiteinheit für die pädagogische Betreuung und Koordinierung zur Verfügung. In administrativen Angelegenheiten wird das Jugendparlament durch das Team Ratsangelegenheiten im Umfang von einer halben Vollzeiteinheit unterstützt.

2. die Wahlordnung zur Wahl des Jugendparlamentes der Stadt Halle (Saale).

zu 6.1 **Satzung und Wahlordnung Jugendparlament der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VIII/2024/00087

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

1. die Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Halle (Saale) und
2. die Wahlordnung zur Wahl des Jugendparlamentes der Stadt Halle (Saale).

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017** **Vorlage: VIII/2024/00159**

Herr Vierkant führte in den Antrag seiner Fraktion ein und verwies auf die genomene Akteneinsicht, aus der nicht ersichtlich war, dass das Freiraumkonzept aufgehoben könnte. Er hinterfragte, ob angesichts der städtischen Haushaltslage das Konzept sinnvoll und tragfähig ist. Er bat um Zustimmung des Antrages.

Herr Heym sagte, dass der Stadtrat sich immer die Frage stellen sollte, ob ein Mehrwert entsteht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Marquardt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss zum Freiraumkonzept (VII/2019/00017) auf.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die in diesem Zusammenhang geschaffenen Strukturen und Maßnahmen so schnell wie möglich zu beenden bzw. rückabzuwickeln.
3. Ab dem Haushaltsplan 2028 sieht die Verwaltung den Haushaltsposten 1.28102.11 „Freiraumagentur“ (55.000€ jährlich) nicht mehr in ihrem Entwurf zum Haushaltsplan vor.

zu 7.2 **Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung finanz- und personalaufwendiger Stadtratsbeschlüsse** **Vorlage: VIII/2024/00185**

Herr Bernstiel führte in den Antrag seiner Fraktion ein. Er bezog sich auf die städtische Haushaltslage und sagte, dass die Erarbeitung der genannten Strategien und Leitlinien nicht benötigt wird. Er bat um Zustimmung des Antrages.

Frau Ranft fragte, ob die Stadtverwaltung über den Stand der jeweiligen Vorhaben informiert hat.

Herr Stimpel erklärte, dass die Erstellung des Kulturentwicklungsplanes beschlossen wurde, aber das Geld in den Haushaltsberatungen nicht zur Verfügung gestellt wurde. Dies bedeutet, dass die Punkte 1 und 2 derzeit nicht umgesetzt werden können, aufgrund der fehlenden finanziellen Untersetzung. Für die Punkte 3 und 4 gab es erste Vorentwürfe in der Verwaltung. Aufgrund des Antrags hat sich die Verwaltung vorerst zurückgehalten, um die Beratung und Beschlussfassung des Antrags abzuwarten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Marquardt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Aufgrund bestehender Haushaltslage und zur Sicherung der zukünftigen finanziellen und personellen Handlungsfähigkeit hebt der Stadtrat folgende im Jahre 2024 getroffenen Beschlüsse auf:

1. Beschluss zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplanes (VII/2023/05683) vom 24.04.2024
2. Beschluss zur Erarbeitung einer Engagementstrategie (VII/2024/07083) vom 29.05.2024
3. Beschluss zur Erarbeitung einer Transparenzsatzung (VII/2024/07084) vom 29.05.2024
4. Beschluss von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung (VII/2023/06596) vom 29.05.2024

zu 7.3 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf
Vorlage: VIII/2024/00388

Frau Müller führte in den Antrag ihrer Fraktion ein und sagte, dass mit diesem Antrag der Stadtrat in die Lage versetzt werden soll, mit über den Kauf des Grundstücks zu entscheiden.

Herr Vierkant wies auf die Vertagung des Antrages im gestrigen Ausschuss hin und regte an, diesen Antrag heute auch zu vertagen.

Frau Müller stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Marquardt** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis
Geschäftsordnungsantrag: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Entscheidung zu ermöglichen, in wie weit die Flächen der Kleingartenanlagen in Bruckdorf samt Nebenflächen und Zufahrtswegen durch die Stadt von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau- Verwaltungsgesellschaft (LMBV) erworben werden und somit ein Vorkaufsrecht ausgeübt wird.
2. Die Stadtverwaltung legt hierfür unverzüglich dem Stadtrat eine Beschlussvorlage vor die beinhaltet:

- a) die Kaufkonditionen und den Umfang der zum Verkauf vorgesehenen Flächen,
 - b) die Finanzierungsoptionen für die Nutzung des Vorkaufsrechts,
 - c) Optionen zur langfristigen Refinanzierung des Ankaufs der Flächen.
3. Die Stadt Halle (Saale) strebt den Erhalt aller Kleingartenanlagen auf diesem Gebiet an, solange die Nutzung als Kleingärten nach Bundeskleingartengesetz gewährleistet ist. Die Stadt strebt ebenfalls den Erhalt der Gewässer und Tagebaurestlöcher an und unterstützt die Nutzung u. A. als Angelgewässer.
4. Der Stadtrat spricht sich gegen die Ausweitung der Behandlungsanlagen für Bauschutt sowie gegen die Ausweitung von Deponien über die bereits genehmigten Flächen in Ammendorf und Bruckdorf hinaus aus.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der CDU-Fraktion zur Nutzung alternativer Parkflächen am Riebeckplatz Vorlage: VIII/2024/00514

Herr Rebenstorf erklärte, dass sich die Stadt seit längerem in Gespräche mit der Bahn befindet bezüglich der wegfallenden Parkplätze am Riebeckplatz/Güterbahnhof. Die Stellplätze in der Volkmannstraße werden nach Beendigung des Baus wieder eins zu eins abgebildet. Temporär bedarf es während des Baus Ausweichstellplätze, welche nur am Güterbahnhof zur Verfügung stehen.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zur Radverkehrsführung in Baustellenbereichen Vorlage: VIII/2024/00515

Herr Paulsen informierte, dass die Anregung grundsätzlich aufgenommen wird und verwies darauf, dass die Verkehrsbehörde Sperrungen nur gemäß der Straßenverkehrsordnung (StVO) genehmigen kann, ohne den Bauablauf zu prüfen. Er betont, dass Baustellen eigennützig vorangetrieben werden, da eine längere Nutzung kostenintensiv ist und auch das Lagern von Baumaterial ein Teil der Baustelle ist. Er hält den Vorschlag für ungünstig, bleibt aber offen, mögliche Optimierungen zu betrachten, unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen der StVO.

Herr Dr. Wend bezog sich auf das Beispiel des Baus der Elisabethbrücke und wies darauf hin, dass Fahrradfahrer oft hintern angestellt werden.

zu 8.3 Mitteilung zur Terminvergabe im Einwohnermeldeamt

Herr Stimpel bezog sich auf die Anfrage von Herrn Schachtschneider im letzten Stadtrat bezüglich einer Optimierung von Terminvergaben im Einwohnermeldeamt. Gründe für den hohen Terminstau sind gesetzliche Anforderungen, steigende Anträge für Ausweise und Pässe, viele Einbürgerungen und direkte Bedürfnisse nach neuen Dokumenten sowie die Abordnung von Mitarbeitern während Wahlen. Um dem Terminstau entgegenzuwirken, wurden bereits Maßnahmen ergriffen, wie die Erweiterung der Öffnungszeiten und die Erhöhung der verfügbaren Termine ab dem 01.01.025. Zudem ist für 2025 der Aufbau eines weiteren Teams im Bürgerservice und die Gründung einer dritten Bürgerservice-Stelle geplant, wobei derzeit Verhandlungen über geeignete Räumlichkeiten laufen. Er informierte, dass eine entsprechende Beschlussvorlage bereits im Februar oder März 2025 im Finanzausschuss vorgestellt werden könnte.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Herr Bernstiel zum TOP 8.1

Herr Bernstiel bezog sich auf die Mitteilung unter TOP 8.1 und fragte, ob es eine Zeitkette für Gespräche mit der Bahn gibt.

Herr Rebenstorf sagte, dass versucht wird, einen Totalunternehmer auszusuchen, der die Baufreiheit für den Bau des Zukunftszentrums schafft, einschließlich des Umverlegens der Straßen. Um die Ausschreibung zu starten, müssen vorerst die Fragen mit der Bahn geklärt werden. Diese Gespräche finden aktuell statt.

Herr Bernstiel fragte, ob es eine Ersatzparkfläche für die Bauphase geben wird.

Herr Rebenstorf bejahte dies.

zu 9.2 Frau Dr. Burkert zum Parkplatz am Waldkater

Frau Dr. Burkert bezog sich auf Verschmutzungen auf den Parkplatz am Waldkater und fragte, wann dieses Problem behoben wird.

Herr Paulsen sicherte eine Prüfung der Situation vor Ort zu.

zu 9.3 Frau Dr. Burkert zur Terminvergabe im Standesamt

Frau Dr. Burkert fragte, ob der Verwaltung bekannt ist, dass es lange Wartezeiten für Hochzeitstermine im Standesamt gibt.

Herr Stimpel berichtete, dass ihm bei Terminvergaben für Hochzeiten dies nicht bekannt ist.

zu 9.4 Herr Kehr wieder zur Sitzungsplanung 2025

Herr Kehr wieder bezog sich auf eine Anregung zur Sitzungsplanung für 2025 und einigen Dopplungen von Ausschüssen. Er fragte, ob die Anregung zur Kenntnis genommen wurde.

zu 9.5 Herr Raue zu Parkplätzen am Glauchaer Platz

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue

Ja, ich nehme nochmal zum Anlass, unseren Antrag, den wir gestellt hatten, am Glauchaer Platz zu prüfen, ob es da nicht möglich ist, dauerhaft 20, 30, 40 Parkplätze zu schaffen. Wir hatten da im Klimateam auch dazu gesprochen gehabt und Herr Rebenstorf hat da auch geantwortet.

Ich bin aber seitdem, Herr Rebenstorf, oft dort lang gefahren und Sie hatten ja gesagt, dass die Verkehrsbelastung dort zu groß ist, dass das da nicht möglich ist und dass auch keine Ressourcen bereitstehen.

Meine Frage dazu wäre jetzt: Es ist ja im Prinzip genau an der Saale-Klinik, auch unter der Brücke, unter der Hochstraße, sind ja auch so 20 Parkplätze geschaffen worden und da gibt es ja auch eine ganz normale Parkplatzbewirtschaftung. Und ich fragte nicht nur nach dem Glauchaer Platz, nach dem Kreisverkehr, sondern unser Antrag, der bezieht sich ja auf diesen ganzen Bereich unter der Hochstraße, einschließlich der Westanrampung am Mühlgraben. Und wenn ich da lang fahre, sehe ich erstmal, klar ist da auch Verkehr, aber sehe ich eine große Fläche, die man ohne große Probleme ziemlich schnell freigeben könnte für bestimmt 20, 30 Fahrzeuge, die da auch bequem parken, also einparken und ausparken können. An der Fläche stellt sich noch nicht mal die Frage, wie kommen Fußgänger sicher über die Straße, weil es eine Ampelregelung gibt und einen Ampelüberweg der sicher ist für Fußgänger, sozusagen in beide Richtungen vom Parkplatz, wenn man ihn dort schaffen würde, sowohl nach Süden als auch nach Norden im Prinzip Richtung Spitze und Hallmarkt kommen würden.

Also meine Frage ist jetzt nochmal, warum kann man nicht dort, unser Antrag ist ja das erstmal prüfen. Sie haben das in der Stellungnahme einfach weggeschoben und das liest sich so, wir haben keine Lust, das zu prüfen, weil es ein Antrag von der AfD ist. Steckt euch eure Parkplätze irgendwo hin, wir werden sie nicht schaffen. Aber ich sehe das jedes Mal, auch wenn ich hier zum Ausschuss komme, ich habe immer Probleme, zum Beispiel mein VW-Bus, da passe ich nicht in jedes Parkhaus, das Parkhaus hier am Hansering, das hat nur für 1,90 Meter, mein Fahrzeug ist 1,94 Meter hoch, ich komme da nicht rein. Und viele andere würden im Prinzip sofort, wenn die dort Parkplätze sehen würden, würden die, die Parkplätze auch nutzen und die Stadt könnte sie tatsächlich auch ganz normal bewirtschaften. Und 40 Parkplätze bewirtschaftet über 24 Stunden oder über 10 Stunden, wie auch immer, das bringt uns auch viel Geld.

Ich bin der Auffassung, wenn ich das örtlich mir ansehe, sind die Ausgaben oder die Aufwendung, die man da hat, um das herzurichten, sehr, sehr überschaubar.

Und meine Frage ist, warum geht das, was am Krankenhaus geht, an der Saale-Klinik geht, warum geht das da nicht?

Frau Dr. Marquardt

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, Herr Raue, Ihnen ist klar, dass ich das jetzt zurückweise, dass wir Ihres nur ablehnen, weil Sie von der AfD sind. Sorry, beim besten Willen nicht. Gut, hätten wir das auch mal besprochen.

Dann wiederhole ich das jetzt nochmal, was ich den anderen Ausschüssen gesagt habe. Glauchaer Platz bis hin zum Franckeplatz ist ein Komplexknoten. Ist nach dem Riebeckplatz und dem Rennbahnkreuz das zweit- oder drittgrößte Knotenbauwerk, was wir in der Stadt haben.

So wie es jetzt dort gebaut und realisiert ist, auch mit den Stellplätzen, die man bei dem letzten Umbau mit einrichten konnte, auch mit dem Bau der Saale-Klinik und was da alles ist, ist dieses Knotensystem ausgereizt. Beim Franckeplatz, wie gesagt, die stehen in Korrespondenz miteinander. Jeder kennt diese Ampel, wenn man aus dem Weißenhausring kommt, wo man ewig braucht, um drüber zu kommen. Es hat was mit den Schaltzeiten, den Fahrzeiten der Straßenbahn zu tun. Während der Baustelle Mansfelder Straße war die 5 auch über dem Franckeplatz für die ersten Wochen umgeleitet. Die musste später rausgenommen werden und wurde ausschließlich vom Riebeckplatz direkt zum Steintor und endete dann irgendwo an der Berliner Brücke. Wir kriegen dort keine weitere Straßenbahn mehr mit rein. Um es mal in dem Beispiel festzumachen, das Ende vom Lied ist, die standen sich da im Steinweg die Schienen, die Räder in die Schienen rein. Die Dinge, also diese ganzen Verkehrsknoten am südlichen Rand der Altstadt sind voll. Wir müssen ja irgendwo rein- und rauskommen, Herr Raue. Und das ist wieder ein Zyklus mehr, der irgendwo entweder durch freien Rechtsabbieger berücksichtigt werden muss, also rechts rein, rechts raus oder in das nächste Ampelprogramm mit eingebunden werden muss.

Und das zieht am Ende einen Rattenschwanz hinter sich her, irgendwo müssen wir es ja wieder wegnehmen an Kapazitäten, der diese Gesamtbedienqualität, sowohl wie Glauchaer Platz als auch Franckeplatz heute funktionieren, dem nicht zuträglich werden.

Frau Dr. Marquardt

Eine Nachfrage, Herr Raue?

Herr Raue

Also, Herr Rebenstorf, ja, das hatte mich auch im Klimate Ausschuss, wo Sie das gesagt haben, auch erstmal nicht befriedigt, aber das habe ich erstmal hingenommen. Ich bin dann aber noch zweimal da gewesen und habe mich auch hingestellt, bin da über den Bordstein gefahren, aber egal. Also es funktioniert, wir brauchen keine anderen Schaltzeiten, das ist nicht notwendig. Wir brauchen nur eine Zufahrt und eine Abfahrt, das ist leicht baulich dort möglich, wir brauchen zwei Absenkungen, theoretisch oder praktisch. Vielmehr ist nicht notwendig. Sie müssen da eine Parkuhr hinstellen, wenn Sie da abkassieren wollen und das markieren.

Aber wie Sie es jetzt darstellen, dieser Verkehr, diese verkehrliche Belastung, die kann da aufgenommen werden. Das ist jetzt nicht so, dass das nicht möglich ist. Das ist ein bisschen eine Behauptung von Ihnen. Und ich sehe das wirklich an dieser Stelle anders. Wenn man sich hinstellt und sich das mal anschaut, wenn man danebensteht, dann ist das dort keine ganz andere Situation, als vor der Saale-Klinik. Es ist aber räumlich getrennt und wir sprechen jetzt nicht über den Knoten selbst, nicht über den Kreisverkehr selbst, sondern wir sprechen wirklich über den Bereich am Mühlgraben. Und da kann man 30 Parkplätze schaffen. Da gibt es im Übrigen auch abgesenkte Bereiche. Da müssen Sie noch nicht mal absenken. Sie müssen nur die Absperrung, die künstlich aufgestellt ist, einfach wegräumen. Dann könnte man da Zu- und Wegfahren und dann wären die Bauarbeiten, die da vielleicht noch notwendig sind, gering. Aber wir hätten eine Entspannung. Und ich habe es auch oft festgestellt, Parkhaus-Spitze, null Parkplätze frei. Also wir haben dort wirklich eine Situation, die Leute müssen dann wirklich weit in die Stadt reinfahren und nicht jeder möchte das. Ich

habe es auch im Ausschuss gesagt, nicht jeder kann mit seinem größeren Auto in die kleinen Parkhäuser rein und fühlt sich dort sicher. Also auch das, wenn man sieht, da sind Parkplätze, dann würde man die auch nutzen. Und es wäre dieses sichere Einfädeln in den Verkehr und das sichere Ausfädeln, also auf den Parkplatz für die Fahrzeuge, das ist möglich, das ist darstellbar, ohne die Ampelschaltzeiten überhaupt zu ändern. Einfach so, wie es jetzt ist.

Frau Dr. Marquardt

Okay, ich glaube, das ist keine weitere Frage.

Herr Raue

Und das ist die Frage, warum sollte das nicht gehen?

Frau Dr. Marquardt

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Das war jetzt ein sehr langes Statement, ich habe es eben beantwortet.

Herr Raue, das liegt uns alles vor. Ich fange jetzt nochmal mit dem Beispiel an, dass es nicht machbar war, eine weitere Straßenbahnlinie schon da reinzukriegen, ohne dass diese Knoten kurz vorm Kollabieren stehen.

Frau Dr. Marquardt

Ich denke, das ist auch ein Fachthema.

Herr Rebenstorf

Das ist ein Verkehrsteilnehmer und da spielt es keine Rolle, ob das ein Fußgänger, ein Radfahrer oder ob das eine Straßenbahn oder ein Auto am Ende des Tages ist.

Frau Dr. Marquardt

Entschuldigung, Herr Raue, das ist ein Fachthema.

Herr Rebenstorf

Es hat Auswirkungen auf Ampelzeiten, auf Raumzeiten, auf Aufstellflächen, auf den Abfluss von Verkehr, auf das Nachrücken und es spielt dann in den nächsten Knoten wieder mit rein.

Frau Dr. Marquardt

Das ist nicht mehr ein Thema für den Hauptausschuss. Eine Anregung ist ein Thema hier, aber das ist eher ein Fachthema. Ich sehe keine weiteren Anfragen.

Ende des Wortprotokolls

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Herr Bernstiel zum Wappensaal

Herr Bernstiel regte an, die Gardinen im Wappensaal neu zu befestigen.

zu 10.2 Herr Heym zu Antworten der Verwaltung

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Heym

Ja, ich möchte noch mal daran erinnern, dass wir Stadträte, die wir alle sitzen, durch den Bürger per Wahl mandatiert sind und hier diesen vertreten.

In dieser Eigenschaft behandeln wir hier Beschlussvorlagen und Anträge und setzen uns mit der Stadtverwaltung auseinander. Durch entsprechende Rückfragen etc. Die Stadtverwaltung hat durchaus das Recht, bei fachspezifischen Themen ihre Fachbereiche mit der Antwort zu betrauen.

Ich rege an, dass diese Antworten sich dann fachlich mit den gestellten Fragen auseinandersetzen, dass man nicht darauf abstellt, dass hier eine wie auch immer geartete Asymmetrie vorhanden wäre. Und wenn man sich nicht in der Lage sieht, in den Fachbereichen hier adäquat zu agieren, dann rege ich an, dass die Stadträte oder Fraktionen oder beide finanziell so ausgestattet werden, dass diese Asymmetrie entsprechend aufgehoben werden kann und ihnen dieses entsprechende Fachpersonal zur Seite gestellt werden kann. Vielleicht ist man dann in der Lage, entsprechende Rückfragen auch fachspezifisch beantwortet zu bekommen.

Ich hoffe, dass wir zurückkehren können auf eine sachliche Auseinandersetzung. In der Art, was ich hier heute erleben musste, möchte ich hier nicht weiterarbeiten müssen.

Frau Dr. Marquardt

Das war eine Anregung.

Herr Heym

Ich glaube, da, wo es hingehörte, ist es verstanden worden. Und mehr möchte ich an der Stelle nicht sagen.

Ende des Wortprotokolls

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Dr. Marquardt bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Judith Marquardt
Beigeordnete für Kultur und Sport

Maik Stehle
Protokollführer